

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strasse 12, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.75, frei ins Haus 2.90, wo keine Post am Orte 3.10.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsbedingungen: Die Abbestellung muss spätestens 14 Tage vor Ablauf des Monats schriftlich bei der Expedition oder dem Verleger eingehen. Bei Nichterhalten der Zeitung ist die Expedition nicht verantwortlich.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 146.

Breslau, Mittwoch, den 25. Juni 1913.

24. Jahrgang

Der Militarismus und die schlesische Volkswirtschaft.

Die Macht der Großstaaten beruht auf der Entwicklung ihrer Volkswirtschaft. Diese Erkenntnis ist besonders anlässlich der Kämpfe bis zur Phrase wiederholt worden, aber man scheint sie gegenwärtig vollständig vergessen zu haben, denn mit keinem Wort geht die neue Militärvorlage auf diesen Punkt ein. Die Stärke einer Volkswirtschaft beruht auf der Zahl und Kraft der Hände und Köpfe des Volkes. Ein Volk setzt sich auf den absteigenden Ast, wenn es an diesen Grundlagen rüttelt. Das geschieht in verhängnisvoller Weise bei den neuen Soldatenforderungen. Man überlegt nicht, von welchem ungeheuren Einfluss es sein muß, wenn einem Lande plötzlich pro Jahr über hunderttausend weitere Arbeitskräfte zu den schon brachgelegten 600 000 entzogen und zur Unproduktivität verurteilt werden, Kräfte, die umso schwerer wiegen, als sie ein ausgesuchtes Menschenmaterial, die Blüte der Nation darstellen. Eine der merkwürdigsten Erfahrungen in der modernen Bevölkerungsgeschichte ist die Tatsache, daß für das deutsche Reich eine Gefahr der Uebersättigung nicht besteht. Die Arbeit für den einheimischen Konsum und für den wachsenden Export hat im Gegenteil dahin geführt, daß die einheimischen Arbeitskräfte schon lange nicht mehr ausreichen und durch Kinder, Frauen und Ausländer ersetzt werden, weil an dreierlei Millionen deutsche Jünglinge in den Kasernen sitzen. Jeder deutsche Soldat bedeutet aber der Volkswirtschaft nicht nur eine tote, in ihrer beruflichen Ausbildung empfindlich gestörte Arbeitskraft, sondern er ist weiter ein drückender Ballast für den produktiven Volksteil. Er liefert der Nation keine Wirtschaftswerte, verlangt aber zu seinem Unterhalt von dem Arbeitsertrag der Schaffenden als Miteßer seinen auskömmlichen Anteil und schwächt damit die wirtschaftliche Lage jedes Einzelnen. Auf diese Weise gehen einem militärischen Volke im Laufe der Jahre Milliarden an seinem Vermögen verloren. Es muß in seiner Wirtschaftsbilanz alljährlich Unsummen aus glatten Verlust buchen. Wo so ungeheure Kosten in Verlust geraten, müssen viel dringendere Kulturforderungen unerfüllt bleiben; darum ist es wirklich keine Phrase, den Militarismus als kulturfeindlich zu bezeichnen.

Die Provinz Schlesien (Aushebungsbereich des 6. Armeekorps) lieferte im Jahre 1911 rund 18 000 Ausgehobene und freiwillig Eingetretene. Da jeder Mann zwei bis drei Jahre bei der Fahne bleiben muß, werden der schlesischen Volkswirtschaft schon heute jahraus jahrein rund 40 000 Mann entzogen. Es ist eine überwundene Ansicht, daß die Mehrheit dieser Rekruten von der Landwirtschaft gestellt werde. Nach dem letzten Reichstagsbericht über das Vorkriegsplanungsgeschäft 1911 wurden im 6. Armeekorps 4553 Beschäftigte aus der Land- und Forstwirtschaft, aber 13 341 aus den übrigen Berufen eingestellt. Trotzdem wird die Landwirtschaft durch den Militarismus ganz besonders schwer getroffen, denn bei der herrschenden Landarbeiternot wird jeder Soldat aus der Landwirtschaft als verlorene Arbeits- und Produktionskraft doppelt fühlbar, und die bayerischen Zentrumsbauern haben garricht unrecht, wenn sie dem notleidenden Bauernstand aus dem Militärdienst der Bauernjöhne einen Hauptverlust zurechnen. Der Rittergutsbesitzer behilft sich in seiner Not mit den im Trupps anziehenden galizischen Saisonarbeitern; dem kleinen Bauern aber ist der Ertrag für einen verlorenen Sohn so gut wie unmöglich. Es ist auch sehr wertvoll, daß die bayerischen Bauern jeden Sohn in der Kaserne außerdem der Wirtschaft noch mit jährlich mindestens 500 baren Mark belassen. Das wäre für Schlesien eine Extrabelastung der kleinen Landwirtschaft mit mindestens 1 1/2 Millionen Mark.

Wenn die jungen kräftigen Männer, bestgeschulte Arbeitskräfte, zwei bis drei Jahre in der Kaserne liegen müssen, nimmt es nicht wunder, daß in sozial und kulturell höchst bedenklicher Weise Kinder, Frauen und ausländische Arbeiter in das nationale Wirtschaftsleben einzugreifen veranlaßt werden. Es bedeutet eins der dunkelsten Blätter aus der schlesischen Volkswirtschaft, wenn bei der letzten Berufszählung allein in der einheimischen Landwirtschaft über 68 000 Kinder unter 14 Jahren so intensiv beschäftigt werden, daß man sie hat mitzählen müssen; weiter insgesamt 784 306 Frauen bezw. Mädchen und endlich in den drei Hauptberufsabteilungen 73 132 Ausländer, die unsere Kultur wahrlich nicht fördern, vielmehr insgesamt alljährlich Millionen deutscher Taler ins Ausland schleppen, und nicht zuletzt als Leiharbeiter eine verderbliche Rolle spielen.

Es ist eine komplizierte Aufgabe, den ökonomischen Verlust, den jeder Kaserneninsasse für die Volkswirtschaft bedeutet, in bar umzurechnen. Jedenfalls verliert die Nation an dem Einzelnen nicht nur das auf ihn entfallende Erwerbseinkommen, sondern auch noch den Mehrwert seiner Arbeitsleistung, aus dem das Kapital herauswächst. Dazu kommt der negative Posten, daß die anderen seinen Unterhalt mitverdienen und ihn ernähren müssen. Nehmen wir ein Existenzminimum von 1000 Mark für das Jahr nur die Hälfte davon als miterarbeitenden Mehrwert und ganz niedrig

gegriffen, ebensoviel als den für ihn zu schaffenden Unterhalt, so stellt jeder unproduktive Soldat pro Dienstjahr ohne Ausrüstung eine Nationaleinbuße von mindestens 2000 Mark dar, also für 40 000 schlesische Soldaten pro Jahr rund 80 Millionen Mark! — oder in Arbeitstagen umgerechnet, jährlich 12 Millionen verlorene Arbeitstage. Welch ungeheurer Verlust! Ist es da ein Wunder, daß das soziale Elend zu einem großen Teil materiell direkt im Militarismus wurzelt? Wo soll das hin? Die Arbeitskraft des Volkes ist kein unerschöpflicher Brunnen, an dem jeder Generalmajor nach Laune pumpen kann; denn im Wettbewerb der Völker unterliegt jeder unerbittlich, wer in der Kulturentwicklung zurückbleibt. Alle diese Gefahren des Militarismus sind gar nicht auszumalen, und es ist selbstverständlich, daß es hier nur einen Standpunkt geben kann: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Politische Uebersicht.

Vorläufige Einigung in der Steuerfrage.

Die Kompromißverhandlungen der Führer der einzelnen Reichstagsfraktionen in der Besitzsteuerfrage sind jetzt beendet und es ist für alle einzelnen Bestimmungen eine, wenn auch hier und da wechselnde Mehrheit vorhanden. Auch für die Gesamtabstimmung ist eine Mehrheit gesichert. Das Wesentlichste ist, daß die Einkommen beim Wehrbeitrag nicht mehr kapitalisiert werden sollen, sondern daß eine Reichseinkommensteuer erhoben wird, die bei einem Einkommen von 5000 Mark beginnt und von 1 bis 8 Prozent gestaffelt ist. Vor der Veranlagung werden vom Einkommen 5 Prozent des versteuerten Vermögens abgezogen. Die strittige Frage der Ertragsberechnung für Grundstücke wird aller Voraussicht nach durch einen Antrag Schiffer gelöst werden, wonach die städtischen und ländlichen Grundstücke gleichmäßig nach dem Ertragswert besteuert werden, der auf das Zwofache des Reinertrages bezw. Miete und Pacht gerechnet wird. Es soll jedoch den Grundstücksbesitzern freistehen, den gemeinen Wert zugrunde zu legen, falls diese Berechnung für sie günstiger ist. Abzüge sind zulässig für die eigene Arbeit des Besitzers im Betriebe. Das gilt auch für die städtischen Grundstücke. Für die fortlaufenden Ausgaben bleibt die beschlossene Vermögenszuwachssteuer bestehen. Siqu tritt die Abschaffung der Entschädigung aus der bestehenden Erbschaftsteuer an die einzelnen Staaten auf die Hälfte des bisherigen Satzes. Der Scheinstempel fällt. Die Frage der Heranziehung der toten Hand dürfte wegen der großen Schwierigkeiten, die sich bei der Erörterung daraus ergeben haben, ausgeschlossen bleiben. Zweifelhaft ist, ob der am Sonnabend in der Kommission aufgehobene Immobilienstempel in der zweiten Lesung wiederhergestellt wird. Die Konservativen stehen nach wie vor abseits. Bei der Schwierigkeit und Größe der Materie und bei der Schnelligkeit, mit der die vorläufige Einigung erzielt worden ist, ist es natürlich nicht ausgeschlossen, daß es noch zu irgendwelchen Zwischenfällen kommt.

Die „sogenannte Fleischnot“.

Das offiziöse Organ der über den Parteien stehenden Bethmann-Sollweg'schen Regierung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sieht ihre publizistische Aufgabe längst nur nach dem, die konservative Presse an Schwärze der agrarisch-reaktionären Tendenz und an Unverschämtheit des Tonos in der Behandlung anderer Denker zu übertreffen. Hat sie in ihrer vorletzten Menschenmasse jenen Partein den Text gelesen, die noch immer die Erfüllung des Wahrsprechens für notwendig halten, so zieht sie in ihren neuesten Müßbliden in agrarischer Manier gegen die Bewegung zur Bekämpfung der Fleischsteuerung los und spricht verächtlich von der „sogenannten Fleischnot“, die in der Offenlichkeit immer nur „agitatortisch ausgedeutet“ werde.

Als Unterlage ihres Exzurses dient ihr ein tendenziöser Auszug aus der Schrift des Physiologen Max Rubner über „Veränderungen in der Fleischernährung“. Rubner bekämpft in dieser Schrift als Arzt die Vorstellung, als ob die Fleischernährung vollkommen unentbehrlich wäre, er findet Fleisch „allenfalls nützlich, aber nützlich und unangenehm“, er fügt aber hinzu, daß die Gewohnheiten des Volkes in der Ernährung respektiert zu werden verdienen, und daß plötzliche Änderungen dieser Gewohnheiten durchaus abträglich sind. Von diesem zweiten Teil der Rubner'schen Ausführungen gibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kein Wort wieder, sie beschränkt sich darauf, das Steigen des Fleischbedarfes und die Entbehrlichkeit des Fleisches festzustellen, um daraus dann den folgenden Schluß zu ziehen:

Sie kann von einer eigentlichen Fleischnot nicht die Rede sein, denn unter Noth kann doch nur ein Mangel verstanden werden, der die Befriedigung wirklicher, notwendiger Bedürfnisse unmöglich macht. In der Tat beweist die Richtigkeit dieser Auffassung die unbefriedigende Erfahrung, daß der Landarbeiter, der bekanntlich viel weniger Fleisch verbraucht als der Städter

nicht schlechter, sondern besser ernährt ist. Niemand wird die Bemühungen, den Preis der Fleischernährung auf einer normalen Höhe zu erhalten, als unangebracht ansehen. Wohl aber zeigen die Darlegungen Professor Rubners oberhalb in aller Deutlichkeit, in welchem Grade die Ausnutzung der Fleischfrage im agitatortischen Interesse über das Ziel hinausschießt.

Das Organ des Herrn v. Bethmann-Sollweg will also ein „wirklich notwendiges Bedürfnis“ der Bevölkerung nach Fleischernährung nicht anerkennen und findet damit den lebhaften Beifall der agrarischen Presse, die überhaupt von den Leistungen des offiziösen Blattes höchst ergrübt ist. Mehr kann sie wirklich von ihm nicht verlangen. Das Volk braucht weder ein Wahlsrecht, noch braucht es Fleisch zu essen. Wer ihm etwas anderes beibringt, der ist ein „Drachzieher“, wie es rechtlich hieß, ein Heber, der „künstliche Kummer“ inszeniert. Also ruft Hurra, lobt das Dreiflorentenwahrrecht und beschleibt auch bei Pellkartoffeln.

Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums wird treffend gekennzeichnet in einem Artikel in Nummer 26 der bekannten katholischen „Kölnener Korrespondenz“. In einem Artikel mit der ironischen Ueberschrift „Die Politik des Interessenausgleiches“ macht sich die Korrespondenz lustig über die Haltung der „Partei der rechten Mitte“ (Justizmilien) bei der Wehrvorlage.

Die Phrase, daß nach der Zentrumspolitik „jeder Stand das Seine“ erhalte, glossiert die „Kölnener Korrespondenz“ wie folgt:

„Die Industriearbeiter und Gewerbetreibenden sollen also die hohen Wieszälle billigen damit der Bauer seine Röhre und Käber teuer verkaufen könne, der Bauer soll hohe Preise für landwirtschaftliche Maschinen und sonstige Industrieprodukte zahlen, damit der Fabrikherr seinen Arbeitern mehr Lohn zahle. Und unsere Proletarier sollen mit ihrem „angemessenen Lohn“ höchst zufrieden und ruhig sein, damit die oberen Hunderttausend Automobile halten und Sekt trinken können, denn das liegt im Interesse der Automobilfabrikanten und Sektbarone.“

Nicht nur im Interesse der hier herausgegriffenen Automobilfabrikanten und Sektbarone liegt es, daß die Proletarier „hüßch zufrieden und ruhig“ sind, sondern der Kapitalistensippe insgesamt und die führenden Zentrumspolitiker gehören durchweg den ausbeutenden Klassen an; unzählige haben es verstanden, innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit schwerreiche Leute zu werden. Damit die Arbeiter weiter „hüßch zufrieden und ruhig“ bleiben, haben diese Kapitalisten feinerzogen für die kirchentreuen Arbeiter „Christliche Gewerkschaften“ gegründet.

Fortschrittlere und Militärhoykott.

Der sozialdemokratische Antrag, in das Wehrgesetz einen Artikel aufzunehmen, durch den die Verhängung des Militärhoykotts lediglich aus politischen Gründen unmöglich gemacht werden sollte, ist im Reichstag mit 201 gegen 127 Stimmen abgelehnt worden. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, Polen, die Elsäßer Dr. Haegy, Thumann und Windeck, der Däne Hansen, der Zentrumsabgeordnete Birkenmayer, der Nationalliberale Kölsch und die Fortschrittler Ahhorn, Günker, Dr. Neumann-Hofer und Höfer, während der Abg. Gothein sich der Stimme enthielt. Die übrigen Fortschrittler stimmten gegen den Antrag und begnügten sich mit der die Militärvorlage zu nichts verpflichtenden Resolution der Budgetkommission. Zu diesem skandalösen Verhalten der Fortschrittler schreibt die „Berliner Volks-Zeitung“:

„Die Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei“, die in der gestrigen Reichstags-Sitzung Seite an Seite mit dem Rücktritt, mit Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen gegen das von den Sozialdemokraten geforderte gesetzliche Verbot des Militärhoykotts stimmte, wird im Lande ein allgemeines Kopfschütteln erregen. Eine solche Haltung ist unvorstellbar bei einer Partei, die selbst unter dem politischen Hoykott der Gegner, der Konservativen, unterliegt durch den amtlichen Regierungsapparat, bei allen Wahlen schwer gelitten hat und noch leidet. Haben die Herren von der Reichstagsfraktion schon die Ergebnisse und Feststellungen der Deckerprozesse in Greifswald vergessen? Der wirtschaftliche Hoykott auf dem politischen Kampfbühnen ist immer verwerflich, mag er nun von einer einzelnen Partei oder von einer Behörde ausgeht werden. Die Volkspartei hätte Unger gehandelt, wenn sie gegen die weitere Föderung dieses Kampfmittels gestimmt hätte.“

Die „wichtigen“ Reden, mit denen die Abgeordneten Müller-Meiningen und Gothein so oft den Militärhoykott bekämpft haben, sind einfach sinnlos, wenn die Fortschrittler nicht den Mut haben, die einzig mögliche Konsequenz aus ihren Worten zu ziehen. Diesen Mut besitzen sie aber nicht, wie die Abstimmung am Freitag klar bewiesen hat.

Die gefährdete Staatssicherheit.

Die 12. Strafkammer des Landgerichts I Berlin verurteilte am Sonnabend den Bäckermacher-Feld Anleber wegen Aufzorderung zum Ungehorsam gegen Weisung, Befehlen in einem im Osten Berlins stattfindenden Arbeitlosenversammlung, zu vier Monaten Gefängnis. Wegen einer zweiten im Monat Februar von Anleber gehaltenen Rede wurde er freigesprochen, weil, wie der Vorsitzende ausführte, nicht zu erkennen

ist, ob er zum Angehörigen gegen ein bestimmtes Gesetz aufgeföhrt habe. Der Staatsanwalt hatte zweimal vier Monate Gefängnis beantragt. Die Verhandlung fand wegen Verhinderung des Staatsfischerbells unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Aus der Verhandlung des Urteils war zu entnehmen, wozu der Angeklagte „aufgeföhrt“ haben sollte. Eine strafbare Auflehnung zum Angehörigen gegen Gesetze liegt nur vor, wenn aufgeföhrt worden ist, bestimmte Gesetze zu verletzen. Anlässlich habe in seiner ersten Rede allgemein über die Ursachen der Unzufriedenheit und über die Bedeutung des Proletariats durch das Kapital gesprochen. Dabei habe er durch die verdeckte Art seiner Darlegung „aufgeföhrt“, die Arbeit einzustellen und zum Generalstreik zu schreiten. Ebenso habe er zunächst allgemein über den Krieg gesprochen und im Anschluss daran erklärt: „Wir reflektieren nur die Gesetze, die wir selber uns geben. Versteht“ habe er zum Angehörigen gegen die Militärgehalte aufgeföhrt. Die Aufforderungen seien insofern, seine Zuhörerschaft werde aber gewohnt haben, was er meinte, es liege also Aufforderung zum Angehörigen gegen bestimmte Gesetze vor. Für die zweite Rede konnte das Gericht sich nur auf unvollkommene Notizen des überwachenden Polizeikommissars stützen, sodass hier Freisprechung erfolgen musste.

Nationalliberale Unzufriedenheit.

Die nationalliberale Köln. Ztg. ist mit der Haltung des Kriegsministers sehr unzufrieden. Sie verlangt von ihm gegenüber den Opfern, die die nationalen Parteien bringen, ein freundliches Gesicht. Einsteilen nimmt das Blatt noch an, dass der Uebereifer der Sozialdemokratie beim Kriegsminister einen Uebereifer der Reaktion ausgedrückt hat. „Aber notwendig sei es, dass beim Abschluss der Aussprache über die verschiedenen Reformwünsche die bürgerlichen Parteien und vornehmlich der Liberalismus eine deutliche Erklärung des Kriegsministers durchsetzen, dass für die Opfer, die das Volk bei der Heeresvermehrung übernimmt, auch seine berechtigten Wünsche für die Entwicklung seines Landes die notwendige Berücksichtigung finden. Ohne eine solche Erklärung würde der antimilitaristische Agitation der Sozialdemokratie ein Boden im deutschen Volk vorbereitet werden, der ihr sonst nicht allzu erziehblich sein wird.“

Dem Kriegsminister wird es leicht sein, die besorgten nationalliberalen Gemüter zu beruhigen.

Das amtliche Wahlergebnis von Waldeck-Rhmont. Das amtliche Wahlergebnis der Reichstagswahl im Wahlkreis Waldeck-Rhmont, das jetzt vorliegt, lautet: Amtsgerichtsrat Dietmeyer-Burgdorf (Witzig, Wa.) erhielt 6327, Dr. Friedrich Aumann-Schöneberg v. Berlin (Forstsch. Sp.) 6993 Stimmen. Naumann ist somit gewählt. Bei 14205 Wahlberechtigten wurden 12 920 gültige Stimmen abgegeben. Zerplittert waren 28.

Die deutsche Regierung und die Fremdenlegion. Anscheinend will sich das Reichsamt des Meusern noch eingehender mit dem Fall des Meuserner Bürgermeisters Trömmel beschäftigen, der Amt und Familie im Stiche ließ, um in die Fremdenlegion einzutreten. Trotz der Behauptungen der französischen Behörde und des Kommandos der Fremdenlegion, dass Trömmel geistig völlig intakt sei und mit vollem Bewusstsein der Tragweite seiner Handlung seinen Eintritt in die Fremdenlegion vollzogen habe, glaubt offenbar die deutsche Regierung nicht an die völlige geistige Gesundheit Trömmels und dürfte entsprechende Schritte bei der französischen Regierung unternehmen. Es wird jedoch bekannt, dass das Auswärtige Amt sich zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern die Akten des Falles Trömmel und die Photographie des jetzigen Fremdenlegionärs einfordern ließ.

Einführung von Postkreditbriefen. Die Juristischen Tagesfragen schreiben: Die Reichspostverwaltung ist gegenwärtig mit den Vorbereitungen zur Einführung von Postkreditbriefen beschäftigt. Es gilt als wahrscheinlich, dass diese noch im Laufe dieses Jahres erfolgt. Die Postkreditbriefe sollen den Uebelstand beseitigen, dass Reisende unterwegs stets größere Summen bei sich führen müssen. Von allen europäischen Staaten hat gegenwärtig nur Italien Kreditbriefe eingeführt, dort können Summen bis zu 5000 Lire einzahlt und in Teilbeträgen von mindestens 50 Lire bei allen Poststellen abgehoben werden. Die Gebühr beträgt 25 Centimes bis 500 Lire, 50 Centimes bis 1000 Lire und für jede weitere 1000 25 Centimes.

Der Kerikale Jugendfang. In der neuesten Nummer der in M.-Gladbach im Verlage des Volksvereins für das katholische Deutschland erscheinenden Halbmonatsschrift für das junge Volk werden Angaben über die Ausdehnung des Generalsekretariats der katholischen Jugendorganisation gemacht. Man liest da, dass sich das Generalsekretariat seit 1908, wo es gegründet wurde, wie folgt entwickelt hat: 1908 ein Geistlicher; 1913 drei Geistliche und neun Angestellte. 1908 570 Nummern im Korrespondenz-Tagebuch; 1913 13 654 Nummern, die im laufenden Jahre auf über 20 000 steigen werden. 1908 keine Büchererei; 1913 2200 Bände. — Aus all diesem mögen unsere Freunde die Nutzenanwendung ziehen.

Die zweite Lesung des Wehrbeitrags.

Die Budgetkommission des Reichstags legte am Montag vormittag die zweite Lesung des Wehrbeitrags vor. Am Sonntagabend war in Aussicht gestellt worden, dass bis Montag früh den Kommissionsmitgliedern neue Anträge zugehen würden (Kompromissanträge). Die Sitzung am Montag wurde deshalb erst um 11 Uhr eröffnet, um den Kommissionsmitgliedern Zeit zu gewähren, die neuen Anträge zu prüfen. Da die Kompromissanträge aber erst nach Eröffnung der Sitzung verteilt wurden, erhob die Gen. Ledebour und David Protest gegen ein solches Verfahren und beantragten eine mehrstufige Pause, damit eine Prüfung vorgenommen werden könne. Sämtliche bürgerlichen Parteien beschlossen jedoch, die Beratungen fortzusetzen, eventuell soll die Mittagspause auf zwei Stunden verlängert werden.

Für Wehrbeitragspflichtige, die ein Vermögen von nicht mehr als 200 000 M. und ein Einkommen von nicht mehr als 100 000 M. haben, ermäßigt sich der Wehrbeitrag um 10 Prozent für den dritten und jeden weiteren Sohn, der beim Proze gebiert hat. — Die Sozialdemokraten beantragten, 100 000 und 10 000 M. zu setzen. — Alle bürgerlichen Parteien lehnten diesen Antrag ab.

Nach langer Debatte wurden folgende Beschlüsse gefasst: Gegen die Stimmen der Konserverativen und des Zentrums wird das Einkommenverhältnis des Ertragswertes landwirtschaftlicher Grundstücke als Grundlage zur Vermögensberechnung wieder hergestellt. Der Antrag der Volkspartei, neben dem Ertragswert auch den Verkaufswert und die Pacht- oder Mietpreise mit zu berücksichtigen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei abgelehnt; der Antrag Behrens, die Gärtnereibetriebe den landwirtschaftlichen gleichzustellen, einstimmig angenommen.

Die Kommission trat nunmehr in die Beratung darüber ein, wie das Einkommen zum Wehrbeitrag herangezogen werden soll. In der ersten Lesung ist beschlossen worden, das Einkommen zu kapitalisieren und so von einer bestimmten Höhe an oder auch neben dem Vermögen zum Beitrag heranzuziehen.

Zur zweiten Lesung sind vom Reichstagsrat Graf Westarp, offenbar im Einverständnis mit seinen konserverativen Parteifreunden, dem Zentrum, den Nationalliberalen und der Regierung Anträge ausgearbeitet worden, die die Kapitalisierung des Einkommens beseitigen, das Einkommen überhaupt zum Beitrag heranzuziehen wollen. Graf Westarp beantragt: Die Abgabe vom Einkommen beträgt bei einem Einkommen:

von mehr als	bis zu	1 v. d. d. Eint.
10 000 M.	15 000	1,2
15 000	20 000	1,4
20 000	25 000	1,6
25 000	30 000	1,8
30 000	35 000	2
35 000	40 000	2,5
40 000	50 000	3
50 000	60 000	3,5
60 000	70 000	4
70 000	80 000	4,5
80 000	100 000	5
100 000	200 000	6
200 000	500 000	7
500 000		8

Nach Berechnungen der Regierung würde diese neue Staffelung einen Beitrag von ungefähr 80 Millionen M. ergeben. — Die Sozialdemokraten beantragten das Einkommen von 5000 bis 10 000 M. 1 vom Hundert, von den nächstangefangenen oder vollen 10 000 3 „ „ „ „ 50 000 6 „ „ „ „ 100 000 9 „ „ „ „ 500 000 12 „ „ „ „ 1 Million 15 „ „ „

Genosse Wurm erklärte, der Kompromissantrag unter dem Namen Westarp treffe die kleineren Einkommen viel härter als nach den Beschlüssen der ersten Lesung, dagegen werden die großen Einkommen sehr geschont. Das könnten die Sozialdemokraten nicht mitmachen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, der Antrag Westarp (Kompromissantrag) gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Einstimmige Annahme fanden die folgenden Anträge Westarp:

Als festgestellt wird angenommen das niedrigste Einkommen der Steuerstufe, in welcher der Steuerpflichtige zur Einkommensteuer veranlagt ist oder ohne Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse zu veranlagen gewesen wäre. Ferner: Abgabefrei sind die festgestellten Gesamteinkommen, welche den Betrag von fünfzehnhundert Mark nicht übersteigen, sowie die nach Abzug des abgabefreien Teils des Einkommens verbleibenden Restbeträge unter eintausend Mark.

Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde ein Antrag des Grafen Westarp angenommen: Die beitragsfreie Vermögensgrenze erhöht sich bei einem Einkommen von nicht mehr

als zweitausend Mark auf fünfzehnhundert Mark und bei einem Einkommen von mehr als zweitausend, aber nicht mehr als vierzehnhundert Mark auf zwanzigtausend (dreißigtausend) Mark. — Unsere Genossen haben gefordert, dass statt 2000 8000 und statt 4000 5000 Mark gesetzt wird, um die niedrigen beitragspflichtigen Einkommen mehr zu schützen.

Nach dem Beschluss der ersten Lesung ist zur Abgabe einer Vermögenserklärung verpflichtet, wer mehr als 25 000 Mark Vermögen, oder wer bei mehr als 5000 Mark Einkommen mehr als 10 000 Mark Vermögen hat. — Unter Streichung der letzteren Bestimmung beantragten die Nationalliberalen, bei 20 000 Mark die Verpflichtung zur Vermögenserklärung eintreten zu lassen, die Konserverativen dagegen, dass diese Verpflichtung erst bei 50 000 M. beginnt. — Genosse David führte gegen den konserverativen Antrag aus, dass mit ihm eine weitere Durchlöcherung der Heranziehung der Wehrbeiträge zum Wehrbeitrag beabsichtigt wird. Die von den Nationalliberalen beantragte Streichung müsse abgelehnt werden, um die Leute mit 5000 M. Einkommen und 10 000 M. Vermögen zur Vermögensklärung zu zwingen.

Die Nationalliberalen änderten ihren Antrag dementsprechend um, worauf er Annahme fand. Weiter wurde beschlossen, die Verpflichtung zur Vermögensklärung bei 20 000 M. zu beginnen und die Streichung der Bestimmung, die Vermögensklärung auf die Schutzgebiete zu lassen, gegen den Beschluss in erster Lesung, gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, einen etwaigen Ueberüberschuss beim Wehrbeitrag für die Veteranen, für Mutter- und Säuglingskassen und sonstige sozialpolitische Zwecke zu verwenden. Das Zentrum dagegen forderte: „Die Einnahme aus dem Wehrbeitrag zusätzlich freiwilliger Beiträge ist ausschließlich zur Deckung der Kosten für die Verstärkung der Wehrmacht auf Grund der Vorlage zu verwenden. Wenn nach dem Voranschlag für das Jahr 1916 die Einnahme aus dem Wehrbeitrag die Ausgaben, zu deren Deckung sie bestimmt ist, übersteigt, ist der Ueberüberschuss nach Maßgabe des Reichshaushaltsgesetzes bereitzustellen.“ — Die Kommission hatte in der ersten Lesung beschlossen, Ueberüberschüsse zur Schuldentilgung zu verwenden. — Schlagskretär Kühn sprach sich für den Zentrumsantrag aus.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt; der Antrag des Zentrums dagegen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Damit ist die zweite Lesung des Wehrbeitrags erledigt.

Ausland.

Der Zusammentritt der Wahlreformkommission.

Am 19. Juni hat die von der belgischen Regierung ernannte Kommission der 31 ihre Sitzungen eröffnet. Der Minister der Innern, Bergher, der sie mit überreicher Nebenamtlichkeit begrüßte, begrenzte ihre Aufgabe in dem von der Regierung vorbestimmten Sinne: Erörterung des Gemeindef- und Provinzialrechts und etwaige Vorschläge zu einer Reform. Weiter soll das Recht zu beschließen und positiven Vorschlägen nicht gehen. Wohl aber ist, gleichfalls entsprechend der vom Ministerpräsidenten in der Kammer abgegebenen Erklärung, der Weg zur Erörterung der gesamten Wahlrechtsfrage offen gehalten. Man hat mit der Frage gestellt: Ist die Spezialisierung des der Kommission übertragenen Problems eine so enge, dass sie herabste, sich zu erinnern, dass alle Einrichtungen eines Landes unter einander eng verknüpft sind, dass Vorzüge und Mängel eines Wahlsystems sich deutlich machen können im Vergleich mit anderen Systemen, die auf anderen Stufen es ergänzen oder ihm vorgehen? Es verbleibt sich von selbst, dass die Freiheit der Diskussion und Behandlung vollständig ist. Jeder kann die zur Behandlung stehende Frage erörtern durch seine auf anderen Gebieten gemommene wissenschaftliche Ueberzeugung. Aber das einzige zur Untersuchung gestellte Problem ist das Gemeinde- und Provinzialwahlrecht.

Die Einzelheiten der Verhandlungsart wie auch die Entscheidung über die Öffentlichkeit der Verhandlungen überlässt die Regierung der Kommission selbst. Als Unterlage soll ihr eine Zusammenstellung der im Auslande geltenden Wahlsysteme dienen, die von den dortigen Vertretern Belgiens geliefert werden wird. Der Kerikale Führer Woste forderte, kaum, um den Gang der Gespräche zu fördern, die Beschaffung weiteren statistischen Materials, das aus schon vorhandenen amtlichen Quellen ohnehin zusammengestellt werden kann. Genosse Vandervele tabelte namens der vier sozialistischen Mitglieder das Fehlen jedes Arbeiters in der Kommission, die so der Aufklärung über die unmittelbaren Empfindungen des Proletariats beraubt sei. Tatsächlich hatte man erwarbt, dass mindestens Ansehe der Kommission angehören würde.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schläpfer.

104 (Nachdem verboten.)

„Er kann ihnen die Verzweiflung schenken, weil sie die Freiheitlichkeit der Welt aus tiefen Schalen getrunken haben. Wen der Herr lieb hat, läßt er den Becher der Welt bis zu goldenen Reigen leeren. Dann wird es ein Becher des Absehens, ein Becher des Heils. Dann trinkt man den goldenen Rest, wie jener griechische Weiser, der so gelassen sprach, weil er so sicher von der Nichtigkeit der Welt überzeugt war. Die Gnade des Herrn war bei dem verlorenen Sohne, der unter die Huren fiel. Er ging der Welt verloren, damit er für den Himmel gewonnen würde. Wer unter die weltlichen Menschen fällt, wird dieser Welt am liebsten zum Raube. Die irdische Seele ist unter Huren der Gnade des Vaters näher als unter weltlichen Menschen. Wir alle sind irdische Seelen in der kalten Welt. Laßt uns ihre Blüten in der Welt, Herr unser Gott, laßt die Welt kalt sein, damit sie uns nicht zum Reiben verführe. Nimm uns die Heimat in der Welt, damit wir deine Heimat nimmermehr verlieren. Wenn es dein Wille ist, daß die Welt uns in ihre Hand bekommt, dann wirf uns in die äußerste Finsternis, dann wirf uns unter die Huren, damit wir Raubvater der Verzweiflung bleiben. Bewahre in Güte unser Herz vor der kalten Verzweiflung der Weltlichkeit; begnade uns, daß wir verlorene Söhne der Welt werden, damit wir keine Söhne bleiben. Daß wir verloren sein in der Welt! Wir sind die Laß der Armut, gib uns die kalten Schauer der Verzweiflung, gib uns die brennende Hitze der Hölle! Gib uns die kalte Sonne der Verzweiflung der weltlichen Welt, damit wir nicht an deinem Vaterhagen niederfallen.“

Kamman schüttelte dem Gesägten die Hand, als die Leidenschaft beendet war. Er sagte wohl, daß er zu ihm gekommen habe. Er wollte aber doch nicht mit den anderen zusammenbleiben, wie viele er von allen Seiten herum gelassen wurde. Er war an die Unwissenheit so vieler Menschen nicht gewöhnt. Er war besser für ihn, daß er die Worte in seinem Sinne behielt. Er war unter den kalten Seelen und ohne Hand, wenn er diese Empfindung auch mit Schrecken empfand.

Er kam indessen noch etwas hinzu. Er sagte die gute Stimmung wieder, um zu Eines hinzuzufügen. Er sagte an diesem Abend geschah, was er seitdem unter Menschen geschah war. Er wurde indessen niederkommen. Er verstand es nicht mit dem Raube, er sah nur es mit dem Raub

auch vor sich selber. Er schämte sich der fremden Empfindung, die ihn unter den kalten Seelen beschließen hatte. Er wollte nicht unterkommen. Das stand fest.

Er kam indessen zunächst nicht wieder. Wie das Wehrbeitrag nun wirklich herankam, lag er im Bette. Er hatte sich niedergelegt, weil er sich nicht aufricht halten konnte. Er schloß sich kühnlich durchaus nicht wohl. Das schreckliche Klagen im Ohr, konnte ganz allein einen Menschen herunterbringen. Er konnte die Betrübte wohl gebrauchen, er hatte aber doch für seine Gesundheit neue Hoffnung geschöpft. Der herrliche Wärmewind von einem Better war ihm wie eine Krantheit durch die Seele gegangen. Und nun war ein klarer, schöner Frost ins Land gekommen.

Er wollte indessen den Weihnachtsabend am Pfandemantel nicht antanzen. Je näher das Fest herankam, umso mehr fand ihm der Schrecken vor Augen. Es war das Allerbeste, daß er über dem Lärmweg in seinem Bette lag. Dann war er von allem weg.

Die Angelegenheit mit Etime hatte sich leicht geordnet. Es war schließlich Frau Engelbrecht, der man es verbandte, wenn auch in eines ganz anderen Weise, als Kamman anzunehmen geneigt gewesen wäre. Es konnte nicht mehr gelehrt werden, daß Frau Engelbrecht bürgerliche Solldank einen kleinen bescheidenen Miß bekommen hatte. Es kamen so anregende Gäste am Abend. Alle Bekannte kamen mit allen Erinnerungen. Es konnte ihr wirklich nicht verdrast werden, daß sie in all der Eibereit nach einer kleinen Erfrischung verlangte. Wenn sie einen guten Strog trank, fiel ihr der Abschied von all dem Früheren leichter. Sie wurde zu stark von den allen Erinnerungen angezogen, seitdem das neue anregende Leben auf dem Pfandemantel erwacht war. Sie brauchte etwas. Sie mußte einmal wieder auf dem Höhe eines Romans sitzen und sich in bessere Zeiten zurückziehen. Wenn sie aber trank, fragte sie den Zeitel nach dem Hauswesen und all dem anderen. Sie schloß in der Romantag hinein, sie schloß, als sie ausgefahren hatte, und damit holla. Demnach fand es unter diesen Umständen richtig, daß jemand nach Kamman sah. Und Etime war ja gänzlich vergessen seit langem nachschickung gemacht.

Die Zeit verstrich, das neue Jahr kam, Kamman lag noch immer im Bette. Er war teilnahmslos geworden, nicht nur gegen die Welt, auch gegen seine Krantheit. Er fühlte sich etwas leichter, weil das Saufen im Ohr nachgelassen hatte. Das Fieber machte ihm nichts. Es war ganz gut, in einem tiefen Traum hinabzuwachen.

Und Etime sah am Bette. Sie kam am frühen Morgen, sie ging ein, wenn er am Abend eingeschlafen war. Sie beugte

sich an sein Ohr, daß er ihre Stimme hören konnte; sie hielt seine Hand, sie strich ihm die Stirn; sie sah ihm freundlich in die Augen, sie erfüllte jeden Wunsch; den sie ihm an den Lippen ablesen konnte. Er hatte es im Grunde lange nicht so gut gehabt. Er konnte jetzt auch besser von den Selbigen und all dem anderen zu ihr reden. Sie verstand ihn jetzt besser, er wußte sich vielleicht auch besser auszudrücken.

Sie las ihm aus der Bibel vor. Wenn sie unmittelbar in das Gebet hineinkam, konnte er alles verstehen. Er wollte immer das Gleichnis vom verlorenen Sohne haben. Er konnte von dieser Erzählung gar nicht genug kriegen. Sie wurde immer besser, tiefer, wahrer.

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krantheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. Es war alles besser geworden, seitdem er auf den rechten Weg gekommen war. Die guten Menschen kamen wieder zu ihm.

Die Lunge sei angegriffen, sagte Septimus. Man braucht aber nicht gleich ein etwas Schlimmes zu denken. Es seien viele Menschen gesund geworden. Kamman wehrte mit der Hand ab. Es war ihm so gleichgültig, was mit der Krantheit wurde. Er freute sich nur, daß Septimus an seinem Bette saß.

Septimus kam mit großer Regelmäßigkeit. Kamman war immer ein Mensch der festen Gewohnheiten gewesen. Es war am besten, daß er immer zu einer bestimmten Stunde ins Zimmer trat. Mit den Seuten im Hause vertrieb er jede Verdringung. Er ging stets durch die Hofstir hinein.

Kamman lag über dem Lärmweg in seinem Bette. Er war ausgezogen. Er hörte Etimes Stimme, sie sprach mit Septimus. Sie mußten in einer entfernten Ecke des Zimmers stehen. Septimus mußte offenbar auch in der Nacht nach dem Rechten sehen. Sie sprachen laut und deutlich miteinander. Es war sonderbar, daß er das hören konnte. War sein Gehör wiedergekommen? Das Klagen war weg. Die Stimmen klangen klar und deutlich in sein Ohr. Es war doch sonderbar, daß er bis ganz in die Ecke hineinkommen konnte.

Aber man entfernten sie sich. Septimus ging weg. Es kam jetzt drängen von der Treppe. Etime sagte etwas die Treppe hinunter.

Gerrig, was war das? Sie waren mitten in die Stadt hinaufgegangen. Sie standen auf dem großen leeren Markt dort oben. Es war am Spätnachmittag. Sie sprachen miteinander. Er hörte es wie ein fernes, fernes Gemurmel. Wie war es nur möglich, daß er so weit weg hören konnte?

(Fortsetzung folgt.)

Der „Peuple“ meint übrigens, das sei dieletzt gangen, wenn „Star Brois“ auf diese Weise durch seine Beschlüsse über Verhandlungen der Kommission gebunden werde und in voller Freiheit zu ihren Ergebnissen Stellung nehmen könne. Er zweifelt nicht an dem günstigen Ergebnis der Verhandlungen, worin er durch einige von Genossen De la Torre mitgeteilten Meinungen starker Abgeneigter, die das gleiche Wahrscheinlichkeits mit irgendwelchen unversöhnlichen Reaktionen, als gesichert ansehen, bestärkt wird. Jedemfalls wird die belgische Partei auf dem Vollen bleiben. Das Komitee für das allgemeine Wahlrecht, das auch Generalkomitee gewesen ist, besteht nach dem Beschluss der Parteileitung weiter und wird dafür sorgen, dass der Wille der Arbeiterklasse der neuen Kommission recht deutlich u Gehör gebracht werden wird.

Der Zusammenbruch eines falschen genossenschaftlichen Prinzips.

Die arbeitseindliche französische Presse bringt einen Artikel über die neuerlichen Schwierigkeiten in der Arbeiter-Blaschütze von A. B. I. Unter der Überschrift: „Ein überaus ausgegangenes sozialistisches Experiment“ heißt es da: „Dem eitenden Ingenieur wurde nicht gehört. Die Arbeiter, die früher auf Afford arbeiteten, haben nach dem Uebergang zum System des Tagelohns nicht mehr soviel produziert wie früher. Das Gefühl der Solidarität hat sie nicht durchdrungen, sie haben fort, die Handlanger und Hilfsarbeiter als geringere Klasse zu betrachten. So hat man sich entschlossen, die Zusammenarbeit der Arbeiter zu einer Verwaltung zu ändern. Heute besteht er aus 3 Aktionären und 6 Glasarbeitern. Man will, wie berichtet wird, dies Verhältnis umkehren: 6 Aktionäre und 3 Arbeiter in diesen Rat entsenden.“ Folgt eine weise Betrachtung über die Notwendigkeit der Leitung der Betriebe durch die Kapitalisten. „Man meiß heute in A. B. I., daß viele von den Diktatoren veramtete Norm eine entscheidende Rolle im Gange der Unternehmung spielt.“

Die angeführten Mängel sind leider richtig dargestellt. Sie scheinen aber, wie Genosse W. A. d. R. v. e. in „Peuple“ sagt, nichts gegen sozialistische Prinzipien, sondern gegen einen durch unbeständiges Wohlwollen geförderten verkehrten genossenschaftlichen Gedanken, der seitlich in weiten Kreisen der französischen Arbeiterklasse noch festen Anhang besitzt: die Idee der autonomen Produktivgenossenschaft nach der Formel: Das Bergwerk für die Bergarbeiter. Als 1895 infolge eines großen Streiks der Gedanke der Arbeitergenossenschaft in die Tat umgesetzt wurde, standen sich zwei Richtungen hinsichtlich der Frage der Verwaltung des Unternehmens schroff gegenüber. Die eine, vertreten durch die Gewerkschaften, wollte die Arbeiter des Unternehmens selbst zu Herren der Verwaltung machen. Dagegen vertraten die Pariser Gruppen: Umanisten, evolutionäre Gewerkschafter, unabhängige Sozialisten, kräftig unterstützt durch P. A. u. e., den Standpunkt, die Gesamtarbeitergenossenschaft, hier vertreten durch die beteiligten Gewerkschaften und Genossenschaften, zur Erbin des Unternehmens zu machen. Die letztere Richtung hatte im Komitee die Oberhand, als R. G. e. f. r. t., dem ein Kapital von 100.000 Franks zukommen sollte, von privater Seite Übertragen worden war, sich einmischte. Dieser ehrliche Witzkopf, der nie etwas von Arbeiterfragen verstanden hat, erklärte, er stelle das Kapital nur unter der Bedingung zur Verfügung, daß die Arbeiter selbst die Verwaltung führen. Diesem äußeren Zwange fügte man sich. Die Folgen konnten nicht ausbleiben. Hier, wie überall, zeigten sich die dem Wesen der unabhängigen Produktivgenossenschaft innewohnenden Mängel. Das Gruppeninteresse, das in ihr zum Ausdruck kommt, tendiert auf der einen Seite zu Kleinbürgerlichem Egoismus, auf der anderen zu bischöflicher Anarchie. Die unter ganz besonders günstigen Umständen ist es bisher Produktivgenossenschaften gelungen, zugleich die beiden Kräfte des Bankrotts und der kapitalistischen Entartung zu vermeiden, und diese haben dann fast immer am Ende ihren Anschluß an die große Genossenschaftsorganisation der Konsumenten gefunden. Dazu kommt, daß der Franzose im allgemeinen zur Disziplinlosigkeit und, bei aller Fähigkeit zu gelegentlicher glänzender Opferwilligkeit, doch im ganzen zu starrer Betonung der persönlichen Interessen neigt. Wenn jetzt ein neues Verwaltungsprinzip eingeführt wird, so ist es nicht, wie die bürgerliche Presse meint, ein sozialistisches, sondern erst das wahre sozialistische, bisher von korporativem Egoismus überwucherte, das die Gesamtheit der Masse der Arbeiter und der Konsumenten zur maßgebenden Entscheidung der gesellschaftlichen Betriebe befähigen will.

Das Geständnis der russischen Spionin. In Pettau ist in diesen Tagen die russische Studentin Anna Radziejewicz gestorben, die kurz vor ihrem Tode das Geständnis gemacht hat, daß sie sich bisher im Dienste der russischen Spionageagentur betätigt habe, und zwar vornehmlich in Oesterreich. Schon eitem sie ihre ersten Liebschaften mit Offizieren hatte, also vor ungefähr sieben Jahren, sei sie Spionin geworden. In Wien sei sie dann mit dem Obersten K. e. d. i. bekannt geworden und mit ihm in intime Beziehungen getreten. Sie sei aber von dem Obersten verlassen worden, und er habe ihre Briefe nicht mehr beantwortet. Da habe sie beschlossen, mit dem Kreuzlosen Ueberrechnung zu halten. Sie habe in Wien einen Brief zur Post gegeben mit der Aufschrift: An Seine Excellenz den Kriegsminister! — Streng vertraulich! In diesem Briefe habe sie alles das, was sie von dem verräterischen Weiben des Prager Obersten wußte, niedergelegt. Es sei ihr eine Genugtuung, daß sie noch den Erfolg ihres Briefes erleben dürfe.

In Wiener unterrichteten Kreisen, die der Untersuchungskommission nahestehen, wird dem Korrespondenten der „Post“ auf Anfrage erklärt, daß die Erzählung der sterbenden russischen Studentin Pettau auf Wahrheit beruht.

Selbstmord im österreichischen Kriegsministerium. In einem Bureau im Kriegsministerium zu Wien hat sich gestern vormittag um 10 Uhr der 7. Abteilung des Kriegsministeriums ungeleitet gewesene Oberstleutnant Johann Lebel erschossen. Er war seit vier Jahren der 7. Abteilung zugeteilt, verheiratet und Vater von sechs Kindern. Ueber die Ursache des Selbstmordes ist man, da schriftliche Aufzeichnungen nicht gefunden wurden, wie von offizieller Seite wiederholt versichert wird, unklar. Nach der offiziellen Darstellung litt der Oberstleutnant seit längerer Zeit unter heftigen Depressionen. — Ob diese „Depressionen“ nicht etwa mit der Reduktion zusammenhängen?

Neue antimilitaristische Kundgebungen in Frankreich. In West veranfaßten Sonnabend abend während des Kampfes mehrere Gruppen von Antimilitaristen Kundgebungen gegen die dreijährige Dienstzeit. Der Major ließ die Truppen sofort nach der Kaserne zurückführen.

In Verdun wurden fünf Soldaten des 4. Infanterieregiments verhaftet, die im Verdacht stehen, zahlreiche revolutionäre Anschläge gegen die dreijährige Dienstzeit an den Kasernenmauern angehängt zu haben. Die Polizei fandte nach einem Hinblick, der der Pariser revolutionären Vereinigung angehörend, von Nancy aus ganze Ballen solcher Anschlagzettel nach der Ostgrenze befördert haben soll.

Blätter melden aus Marseille, daß auf dem Banungsplatz in Port St. Louis du Rhone große Mengen Feuer, die für die Besatzungstruppen bestimmt waren, durch eine Feuerbombe vernichtet wurden. Es ist seit kurzer Zeit das dritte Mal, daß derartige Feuerbomben durch Feuer zerstört werden und man hegt den Verdacht, daß der Brand von einer antimilitaristischen Gruppe angelegt worden ist.

Von Arabern angefallen und ermordet. Der Militärkommandant von Vabra, Oberst Jerid, wurde bei dem Uebergang über die Aichair-Brücke von Arabern angefallen und ermordet. Personen aus seinem Gefolge wurden verwundet.

12. Verbandstag der Buchbinder.

1. Stuttgart, den 19. Juni 1913.

Vierter Verhandlungstag.

Die Generaldebatte über die Statutenänderungen, soweit sie sich auf die Beiträge und Unterstellungen beziehen, war sehr anregend; sie zog sich bis Mittag hin. Die Vorsitzenden des Verbandsvorstandes stießen fast allgemein auf Widerspruch. Besonders wandten sich die Redner gegen eine Einschränkung der Unterstellungen (Erhöhung der Pausenzeit, Verminderung der Sätze in der ersten Klasse).

Verbandsvorsitzender K. o. h. hält es nicht für angebracht, eine besondere Jugendklasse einzuführen. Er schlägt eine Erhöhung der Beiträge in allen Klassen, mit der gleichzeitigen Einführung einer Zwischenklasse für die weiblichen Mitglieder, vor. Die Beiträge sollen 20, 30, 40, 55 und 85 Pfg. (Klasse 20, 35, 50 und 80 Pfg.) betragen. Mit der Erhebung von Extrabeträgen allein könne man nicht rechnen. Diese würden von den Mitgliedern auch nicht mit Freuden aufgenommen. Notwendig ist eine Erhöhung der Einnahmen aus den regulären Beiträgen.

Die zahlreich vorliegenden Anträge wurden schließlich einer elfgliedrigen Kommission überwiesen. Der Verbandstag nahm dann die Beratung der sonst vorliegenden Anträge zum Statut und solcher allgemeiner Natur vor. Dabei fand ein von T. A. H. (Leipzig) begründeter Antrag Annahme, der wünscht, daß der Agitation unter den ausbleibenden Belegschaften und jugendlichen Arbeiterinnen vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen ist, insbesondere soll durch Veranstaltung von besonderen Versammlungen und Verbreitung von eigens zu diesem Zwecke geschriebenen Flugblättern Propaganda entfaltet werden.

Bei den Bestimmungen des Statuts über Arbeitsnachweise wurde ein Antrag des Vorstandes angenommen, daß das Umsehen bei vorheriger Erkundigung beim Arbeitsnachweisleiter nur dann gestattet ist, wenn es nicht durch Ortsstatut ganz untersagt ist. Wo paritätische Arbeitsnachweise bestehen, regelt sich die Vermittlung nach den Bestimmungen des diesbezüglichen Reglements.

Die Anstellung von Beamten und Hilfskräften hatte bisher der Vorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuss vorzunehmen. Der Vorstand beantragt nun, die Bestimmungen „in Gemeinschaft mit dem Ausschuss“ zu streichen. Dies lehnt der Verbandstag mit großer Mehrheit ab.

Zu den Bestimmungen über den Verbandstag liegt eine Reihe Anträge vor. Ihre Beratung zitierte folgende Beschlüsse: Alle Anträge zum Verbandstag müssen zehn Wochen vor demselben an den Verbandsvorstand eingereicht werden und sind durch diesen sieben Wochen vorher zu veröffentlichen. Je 400 (bisher 300) Mitglieder haben das Recht, einen Delegierten zu entsenden. Auf jeden Gau soll mindestens ein Delegierter entfallen, auch wenn er nicht 400 Mitglieder zählt. Um als gewählt zu gelten, genügt einjächs Stimmenerwerb. Die Bildung von Wahlbezirken ist vom Verbandsvorstand in geeigneter Weise vorzunehmen, und zwar so, daß die Anzahl der am Schluß des vierten Quartals vorhandenen Mitglieder als Grundlage genommen wird. — Ein Antrag, daß die Delegierten auf dem Verbandstag Sitz haben, wurde nach längeren Erörterungen abgelehnt.

Der Verbandstag vertagte sich dann auf Freitag.

Stuttgart, 20. Juni.

Fünfter Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung gab zunächst die Kommission zur Regelung der Beitrags- und Unterstellungsfrage einen Teilbericht. Die Kommission schlägt vor, die Beiträge in 4 Klassen zu erheben und die 1. und 2. Klasse um je 5 Pfennig zu erhöhen. Die Beiträge sollen betragen in der 1. Klasse 25 Pfg., in der 2. Klasse 40 Pfg.

In namentlicher Abstimmung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Beitrag in der 1. Klasse auf 20 Pfg. zu belassen. Mit 65 gegen 25 Stimmen wurde jedoch der Vorschlag der Kommission, für die 2. Klasse 40 Pfg. festzusetzen, abgelehnt. Damit war jede Beitragserhöhung verworfen.

Die ganze Beitragsfrage wurde schließlich nochmals an die Kommission zurückverwiesen. Später schlug die Kommission vor, fünf Beitragsklassen in folgender Weise einzuführen: Klasse 1 20 Pfennig, Klasse 2 25 Pfennig, Klasse 3 35 Pfennig, Klasse 4 50 Pfennig, Klasse 5 80 Pfennig. Gegenüber den jetzigen Beiträgen bedeutet dies lediglich den Unterschied, daß zwischen der ersten und zweiten Klasse eine 25-Pfennig-Klasse eingeschoben wird. Die weiblichen Mitglieder können nur in den drei ersten Klassen stehen. Die Verbleibenden sind festgesetzt werden für Klasse 1 bis 8 Mark Wochenlohn, Klasse 2 8 bis 12 Mark, Klasse 3 12 bis 15 Mark, Klasse 4 15 bis 24 Mark und Klasse 5 über 24 Mark.

Diese Vorschläge der Kommission fanden schließlich nach weiteren Erörterungen gegen wenige Stimmen Annahme.

Bei der Weiterberatung wurde ein Antrag angenommen, um eine intensive und erfolgreiche Agitation betreiben zu können, sollen in allen Jahrestellen des Verbandes obligatorische Agitationsausgänge gewählt werden. Dem Vorstand übermiesen wurden Anträge, den Sitz des Gewerkschafts von E. b. e. l. d. nach A. l. i. n. zu legen, ferner für den Gau 12 einen zweiten Kollegen anzustellen.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt. Es findet eine Abend Sitzung statt.

Sport- und Körperpflege.

Das deutsche Stadion!

Was ist Stadion? Was ist „das deutsche Stadion“?

Ein Jahrestag alt-hellenischer Kultur taucht vor unserm rückwärtigen Blick auf. Alle vier Jahre feierte das Volk — das ganze Volk der Griechen — das große Fest zu Olympia: eine nationale Feier im schönsten Sinne dieses heutzutage — ach! — so zweideutigen Wortes.

Die Bahn, in der Griechenlands Söhne um Franz und Palma rangen, war das Stadion: knapp 200 Meter im Umfang, aber von marmornen Zuschauer- und Kampfrichterthronen umgeben und geschmückt durch die herrlichsten Giebeln nicht minder als durch Statuen, deren künstlerische Erhabenheit selbst den „Barbaren“ Schauer der Ehrfurcht abräumt.

Das Stadion lag im Bereich eines großen Komplexes von Sportstätten, denn die olympischen Spiele waren ein Teil der Gesamtkultur jener Tage, also nicht zu trennen von der großartigen „Religion“ des alten Hellas. Hier thronte das erhabenste Kunstwerk der Skulptur, des genialen Bildhauers Pheidias olympischer Zeus, hier zeigten die schönsten aller Tempel von Griechenland Stolz und Größe. Und solange die Feier in Olympia währt, war für ganz Griechenland der „Gottesfriede“ angelegt und alle Stammeskämpfe ruhten in der Festwoche. Den Siegern aber schmitt ein laudiger Knabe mit goldenem Messer den Preis vom Delphikon. Und waren sie belohnt, gelehrt, die unangesehenen Jünglinge, so warteten ihrer nicht weniger und reich. Je nach den Euren des ergrünen Vaterlandes ward ihnen Dank zuteil. So in Athen, wo den olympischen Siegern die höchste Ehrung gewährt wurde: die öffentliche Speisung auf Staatskosten im Pnyssal des Regimentsgebäudes!

Als Zuschauer aber strömte ganz Griechenland herbei: alt und jung, hoch und niedrig, arm und reich und aus den fernsten Landen kamen Männer, die sich am Anblick hellenischer Kraft und Schönheit weideten. In aller Ebnung des Olympions...

von hier zu vier Jahren der Ruf nach Olympia, und in der Schär der Kämpfe fand der Sohn aus Schöpfung Gaus neben dem Sprößling des Hellenen. „Euros“ hielten die Zuschauer nicht zu zählen — denn im alten Hellas wurde die Menge der Kunst, der Wissenschaft und der Lebenskultur als eine nationale Aufgabe betrachtet, die man nicht entzweiigen mochte, indem man einen, der kein Geld besaß, von diesen Genüssen ausschloß. Und obwohl die Völker ihre militärischen Pflichten der Vollstreckung gewiß nicht vernachlässigten, so fragten ihnen doch kein „Molosch“ die Mittel zu den Kulturaufgaben vor dem Munde weg.

Wir kennen das alte olympische Stadion recht gut; denn zwischen 1875 und 1881 nach Christi Geburt hatte das neue „deutsche Reich“ ausnahmsweise einmal 800.000 Mark für Kulturzwecke übrig, und so ward auf Deutschlands Kosten jenes Stadion den Völkern der Menschheit unserer Zeit bloßgelegt.

„Das deutsche Stadion“ wurde am 8. Juni 1913 eingeweiht. Es liegt im Grunewald, nahe bei Berlin. Wo in Olympia der Delphikon ragte, steht im Grunewald die „deutsche Olympia“. Und was in Hellas aus dem Götze der Gesamt-Nation und der Gesamtkultur entsprang, das dankt seine Heimat im Deutschland der „Proleten“ des deutschen Kronprinzern, den „Belebungen“ des Gymnastik v. Bobbelst und dem Weibe des Union-Klub's feindlicher Weltmänner.

Am 8. Juni, dem Eröffnungstage des deutschen Stadions, sind 30.000 Menschen im Guldigungsauge an Wilhelm I. vorübergeglitten, um recht innenschauig zu zeigen, wie stark das antike Kultur- und Nationalgefühl heute ein über Monarchen und Personenkultus sich aufrecht. Und nicht zu vergessen des modernen Zug ins Proletariat. Das klassische 200-Meterstadion ist im Grunewald zur 900-Meter-Arena geworden! — (Größtes Stadion der Welt!) — Die Radrennbahn, die Laufbahn, der Turn- und Fußballplatz, die Schwimmbahn alles in Dimensionen vom höchsten Stand des Jahrhunderts. Wo aber in Olympia die Bildwerke von erhabener Kunst und ewiger Schönheit standen, da ragen im „deutschen Stadion“ einflussreiche Statuen und Gruppen aus billigem Material auf, denn es fehlen die Mittel für Marmor und Erz, es fehlen die Mittel, kostspielige Aufträge an Deutschlands erste Künstler ergehen zu lassen. Im Jahre 1916 sollen im „deutschen Stadion“ die internationalen olympischen Spiele — jene modernste Weltbegehung des nationalen alten Hellenenfestes — begangen werden, und man wird froh sein, wenn bis dann statt der Gips- und Pappfiguren da draußen Erz- und Marmorarbeiten stehen können! Kulturaufgaben werden nicht!

Im Zeitalter des Kapitalismus, Imperialismus und der Jüdischdeutscher Bewegung ist der Kern des deutschen Volkes, das Proletariat, ist die erste Kulturpartei des Reiches, die Sozialdemokratie, den Machern des „deutschen Stadions“ allenfalls als zahlendes Publikum auf den billigsten Plätzen des Amphitheaters der 30.000 willkommen, aber in der Arena drinnen dürfen sich nur jene Jünglinge tummeln, die „patriotisch“ zu turnen, „böhmisch“ zu schäumen, „national“ zu spielen, zu ringen, zu rabeln verstehen! Für die Klassenbewußte Arbeiterklasse ist dort kein Platz!

Das „deutsche Stadion“ ist kein vom Weine jener anderen „Kultur“, die beim Flugwesen, beim Schiffswesen, beim Automobil- und Motorradbau, bei der Werkzeug- und all dergleichen stets und stets flüchtig Auges auf die Verwendbarkeit für militärische Zwecke starrt und jeden Kulturfortschritt auf dem Boden schützbarer Unkultur herniederzieht.

Kein „Gottesfriede“ zwischen Kapitalismus und Proletariat, während im Stadion von heute internationale Kämpfe ausgetragen werden. Kein laudiger Knabe, der den Siegern den Preis vom Delphikon schmitt, ist es, der den Kronprinzen, so sie aus gesinnungswidriger Sportorganisation kommen, den märkischen Göttergötze huldvoll zu überreichen geruht!

Von den Vätern aber des Amphitheaters wird nicht ganz Griechenland auf die Wille der Nation, denn der Eintritt wird nur denen zu, die in der Lage sind, die Kosten für Fahrt und Verzehr, „Entrée“ und Programm und was drum und dran hängt, zu tragen. Und wenn sie heimkehren, die Ruhmgekrönten von heute, dann harret ihrer die Geharbeit kapitalistischer Franzosen, „Dank des Vaterlandes“. Denn nicht die Aristokratie Deutschlands und nur wenig Söhne und Töchter des „besseren Bürgerturns“ sind es, die den Kern und das Mark auch der jetzigen Sportorganisation bilden, die im falschen Egoismus amüßlicher Guld suchen. Nein! Proletarierknaben und Mädchen, Männer und Weiber, die noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht, noch nicht den Weg zu ihren Brüdern, ihren Geschwestern fanden!

Absetzt aber, doch nicht unartig, steht die im Feuer des Klassenbewußtseins gehärtete Arbeiterschaft. Aus eigener Kraft ringt sie sich empor zu geistiger und körperlicher Kultur. Sie lächelt über jene Unselbständigen, die nicht atmen können außerhalb des Amphetreses künstlicher Guld. Sie spotten eines Jenes, das — dem Rufus der Körperpflege gemeint — nicht auskommen kann ohne präberliche Wägenmacherer wie der Aufstieg von 30.000 (!) Priestern, die den Himmel herunterschicken sollen in dem Augenblick, da der alle ehrliebe „Kob“ am Schluß seiner Guldigungs- und Jubiläumsansprache Wilhelm II. byzantinisch bejubelt.

Einst wird die Nachwelt auf unser 20. Jahrhundert zurückblicken, wie wir heute auf die Klasse der Zeit des alten Hellas schauen. Dann wird er verblühen sein, der falsche Kulturschein des Vorstentums von 1913, und echte Kultur, national zugleich und international, wird strahlen die Welt vergolden. Auch die Welt des Grunewalds und „deutschen Stadions“.

Georg Dabibjohr.

Aus der Frauenbewegung.

Kongress der Frauenstimmrechtler. Der Kongress für Frauenstimmrecht beschloß die Errichtung eines internationalen Zentralbureaus für Frauenstimmrecht. Der Sitz des Bureaus, für welches ca. 65.000 Kronen gespendet wurden, ist noch nicht bestimmt.

Refer! Bevorzugt bei Euren Einkäufen unsere Referenten und die Adressen des Bezugs-Quellen-Verzeichnisses.

Puck
ist die neue
3 pfennig
Qualitäts
Cigarette

Der diesjährige große

Sommer-Ausverkauf

beginnt **Donnerstag, den 26. Juni** und dauert bis einschließlich **Dienstag, den 1. Juli**

Hervorragende Kaufgelegenheiten in

Damen-
Herren-
Kinder- **Wäsche** Bett-
Tisch-
Haus- **Wäsche**

Verlangen Sie kostenlos die reichillustrierte Ausverkaufs-Preisliste.

Die außerordentlich niedrig gestellten Preise bieten reichlich Entschädigung für entstehende **Reisekosten**

Leinenhaus BIELSCHOWSKY

Nikolaistraße 75/76

BRESLAU

Ecke der Herrenstraße.



Gewerkschaftskartell Breslau.
Achtung! Ausschüsse der Betriebskrankenkassen.

Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 Uhr,
im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die neuen Statuten in den Betriebskrankenkassen und welche Rechte können die Mitglieder geltend machen. (Referent: Arbeitersekretär Alfred Peifert)

2. Diskussion.

3. Verschiedenes.

Der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wegen erwarten wir das vollständige Erscheinen sämtlicher Ausschussmitglieder. Auch die Mitglieder sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Freie Turnerschaft Breslau

Mittwoch, den 25. Juni 3737
findet bei Milla, Erbkühnstraße 74, eine gemeinsame Turnstunde sämtlicher Frauenabteilungen statt. Alle Turninnen sind verpflichtet, hieran teilzunehmen. Gleichzeitig finden die Turnstunden der 1. und 2. Frauenabteilung an diesem Abend aus.

Gewerkschaftskartell D. S.

Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftslokal, Goystraße 7:

Sitzung der Kartelldelegierten und der Gewerkschaftsvorstände.

Die Ortsvorstände der Gewerkschaften werden dringend ersucht, sich zu dieser Sitzung vollständig einzufinden.

Der Kartellvorstand.

Steinarbeiter-Verein.

Mittwoch, den 25. Juni, findet im „Reinhold“ am Kupferstraße, abends 8 Uhr, eine

Mitglieder-Versammlung

bei Herrn Knoll. Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Schauspielhaus

Donnerstag, 8 Uhr: „Das Prinzip“

Mittwoch, 8 Uhr: „Seyffers“

Donnerstag, 8 Uhr: „Kosmopoliten“

Lieblich's Etabl.

Täglich abends 8 Uhr: 3725

Breslau, so sieht's aus!

glänzend renoviert. Karten

und Illuminierter Karten

an Cassino-Konzert 3721

Zellgarten.

Gelegentlich Sommer-Buffet.

3721

3721

3721

3721

3721

3721

3721

Zoologischer Garten.

Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saale des Zoologischen Gartens ein

Konzert

der Kapelle des Inf.-Regiments 51 (Sebanaki.)

Beginn 8 Uhr. Eintritt frei.

Bei gutem Wetter abends 9 Uhr Lorchkonzert.

Elegant, Original-Welt-Panorama

mit neuem Komposit ausgetattet, besonders Umstände halber sehr billig zu verkaufen.

Dieses außerordentlich schöne Panorama ist auch für Damen ausgesprochen geeignet, da keine Arbeit damit verbunden. Für strebsame Personen giltung allerersten Ranges. Nur Selbstbesichtigung erfahren näheres durch W. Hartung, Jona, Straßstr. 19.



Jahrhundertfeier der

Freiheitskriege Breslau 1913

Tagesprogramm für Mittwoch, den 25. Juni:

Von Nachmittag 3 Uhr ab: 3743

2. Kindertag im Vergnügungspark!

Besond. Veranstaltungen für die Kinder.

Um 3 Uhr: Sondervorstellung im Rasputin-Theater mit Karussellfahren.

Um 4 Uhr: Reigen. Allgemeine Spiele u. Umzüge.

Um 5 Uhr: Großes japanisches Lagerfeuerwerk und zahlreiche andere Überraschungen.

Konzert: Im Pavillon am Wasserbecken: Stadt-

Theaterkapelle (Debelak). Im Vergnügungspark: Kap. d. Kürass.-Reg. Gr. Kurfürst (Seban!).

60000 blühende Rosen

im Rosengarten.

Die schönsten Sorten Sonderausstellungen.

Naturtheater: Das Programm vom Dienstag.

Malerwerkstatt etc.

mit Refer. Kantor L. 400 000 jährlich per Jahr u. Zentrum zu verkaufen. Näheres unter N. N. in der Expedition d. Ztg. 3718

Arbeitsmarkt.

3722

3722

3722

3722

3722

3722

3722

3722

3722

3722

Trustfreie Qualitäts-Zigarette

Köstlichen Genuss bereitet die aromatisch präparierte 2 1/2 Pfennig-Zigarette

Zalmani freres

M. N., a. M., Gold

in den höchsten Zigarren-Geschäften erhältlich.

Zigaretten-Fabrik Malzmann

Dresden. Gegründet 1876. Kairo.

3743

3743

Original-Phönix-

Nähmaschinen

für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Kauf- und besonders geeignet - Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen

Jul. Dressler & Co.

Breslau, Ring 6.

Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

3743

3743

3743

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte

10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben

5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der

Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Goldene Damenuhr billig zu verkaufen. Ein Spezialwagen, gut erhalten, sehr schön, Preis 2000,-. Näheres unter N. N. in der Expedition d. Ztg. 3720

3720

3720

3720

3720

3720

3720

3720

3720

3720

3720

3720

3720

3720

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. Juni.

Achtung, Partei-Mitglieder!

Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses General-Verammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau. Es sind die Neuwahlen des Vorstandes und der Kommissionen vorzunehmen. Der Vorstand erwartet, daß alle Vertreter erscheinen; die Mitglieder haben Zutritt. Als Hinweis dient das Mitgliedsbuch.

Der Goethebund und das Festspiel.

Gewiß hatten die vielen Hunderte unserer Bürger, die sich am Montag abend zu der Protestversammlung des Goethebundes drängten, etwas anderes erwartet. Aus berufenem Munde, aus dem Munde von Professoren, sollte die unwürdige Unterdrückung des Hauptmann'schen Festspiels besprochen werden. Kein Wunder, daß sich die Bürger in dichten Scharen in die Hermannloge drängten, so daß diese schon um 8 Uhr polizeilich abgeperrt werden mußte.

Wer aber glaubte, einige kräftige Töne hören zu können, der irrte sich gewaltig. Ein preussischer Professor ist kein Löwe. Ganz im Gegenteil. Und schon die Einleitungsrede des Herrn Professors Kaufmann läßt die Begeisterung der Zuhörer merklich ab. Er meinte:

Es handelt sich hier nicht um etwas, was einem Vorwurf gegen unsere städtischen Behörden ähnlich sieht. Sie konnten nicht anders handeln. Es handelt sich hier nicht um ein öffentliches Recht der Bürger, um das Recht, zu hören, was ihnen lieb ist. Es handelt sich hier um ernsthafte Erörterungen über das Spiel, das Herr Hauptmann für unsere Theater auf Veranlassung der Stadt und unter mannigfachen Widerstreben gedichtet hat. Die Stadt hatte ihm, wie jedem Dichter, freie Hand gelassen. Dann sind nun die Mißdeutungen gekommen. Und leicht wagt die Stadt zurück. Das ist keine Feigheit, keine Kriecherei, das bedarf keines Vorwurfs, sondern es war das, was notwendig war zu tun.

Warum war es denn so notwendig? Was es denn wirklich keinen anderen Ausweg als dieses laudische Spiel? Aber Herr Kaufmann und seine Umgebung sind freilich nicht die Männer, die den Geist der Zeit, der unten im Saale vernehmlich gärt, richtig erfassen können.

Auch Herr Professor Kühnemann fand leider nicht die rechten Worte. Der größte Teil seiner Ausführungen galt dem Festspiel selbst:

Der Dichter war vor die große Aufgabe gestellt, ein Werk zu schaffen, das den gewaltigen Dimensionen der Jahrhundertwende entspricht. So entsprang ein künstlerischer Entschluß, so schön, wie gefährlich. Von Beginn der Revolution bis in eine noch unerlebte Zukunft hinein die Menschheitsbewegung wiederzugeben als ein Masken- und Puppenpiel der Künstler verzichtete auf alle Wirkungen, die ihm bei einer patriotisch erregten Menge einen so sicheren wie leichten Erfolg versprach, um für das weltgeschichtliche Festspiel der Zukunft zu ringen. Freilich war dies ein Wagnis. Und es muß zugegeben werden, durch nichts hatte er bewiesen, daß er der rechte Dichter für das Festspiel war, das in diesen Tagen das deutsche Volk und das Breslauer Volk erwartete. Zwar gibt es keinen deutschen Dichter. Aber das wußten wir alle, daß das Vaterländisch-Politisch seinem Wesen fern liegt. Der Redner schließt: Wir bedauern, wenn die Mächte des Parteilbens im künstlerischen Leben entscheidend und bestimmend mitsprechen. Wir bedauern dieses Ereignis im Sinne der besten Vaterlandsliebe. Die Ausstellung ruft nach der Zukunft, nach einer freien, kolgen, bürgerlichen Kultur. Und diese freie, bürgerliche Kultur soll sich ihren Ausdruck schaffen in einer neuen freien Kunst.

Die Worte sind gar nicht schlecht. Aber schwerlich werden sich unsere Machthaber in Preußen viel um den schüchternen Protest des Herrn Kühnemann kümmern, solange er noch einen Unterschied zwischen der „vaterländischen“ und der deutschen Dichtung macht und der ersten den Vorzug zu geben scheint.

Nachdem sich noch Herr Professor Kaufmann über den Wert des Festspiels geäußert hatte, nahm Professor Kaufmann das Schlusswort, in dem er es noch einmal bedauert, daß die großen Angelegenheiten unseres Volkes politisch mißbraucht werden. Damit schloß die Versammlung in der Hermannloge.

Für die Hunderte, die in der Hermannloge keinen Einlaß fanden, wurde im Konzerthaus eine Notversammlung abgehalten. Auch hier konnte der Saal nicht alle Gäste fassen und mancher mußte draußen bleiben. Die Stimmung der Versammlung war gut. Beiher nicht die der Leitung. Die Reden blieben: Stille, Fille, kein Geräusch gemacht. Nur Herr Professor Sellenberg fand einige kräftige Töne. Allerdings sei der Wunsch von einer Stelle ausgegangen, der man sich schwer widersetzen kann. Doch bedeutet er, daß der Magistrat eine so schöne Gelegenheit verläßt hat, mannschaft aufzutreten. Wir wollen ihn aber nicht beachten, sondern herzlich bemitleiden. (Stürmischer Beifall.)

Das war seinen Kollegen anscheinend etwas hart. Sie drückten sich in der Hermannloge in die Ohren, so daß er endlich mit ein paar allgemeinen Redensarten abbrach. Sein Nachfolger, Professor Siggler, der die Anwesenden mit „Hochberühmte Festversammlung“ anredete, was stürmische Heiterkeit hervorrief, beschränkte sich darauf, den Wert des Festspiels zu besprechen.

Herr Professor Wilhelm Stern vermahnt sich dagegen, daß sein Parteivorstand nicht etwa ebenso echt sei, wie der der Festversammlung. Auch er sei ein guter Deutscher. — Das war natürlich unbedingt festzuhalten.

Herr Magistrat Sellenberg, dieser unentwegte Kämpfer für Freiheit und Bürgerrechte, ließ nun ein angsteinflößliches Verlegenheitswort los, das geradezu mittelberregend war.

Wir können darüber streiten, ob der Magistrat richtig handelt hat. (Allgemeines Nein, nein!) Nicht zu berurteilen, sondern urteilen ist notwendig. Zweifellos hätten

sich diese Aussteller, die aus fremden Reichen und von heimlichen Ebseligen die wertvollen Kunstschätze und kulturhistorischen Dokumente nach Breslau schickten, weniger bereitwillig zur Entsendung aller dieser Gegenstände gezeigt, wenn der Name des Kronprinzen als des Protectors der Veranstaltung gefehlt hätte. Die Maßnahme des Magistrats, das Festspiel einzustellen, sei zu billigen, umso mehr, als dadurch die Ausstellung in vollem Umfange erhalten und den Tausenden und Abertausenden des deutschen Volkes nicht die Möglichkeit entzogen worden sei, ihre vaterländische Gesinnung durch die Betrachtung jener Kulturdenkmäler zu stärken.

Wenn Herr Sellenberg jetzt noch ein Vergnügen daran findet, sein liberales Herz an der historischen Ausstellung patriotisch zu begeistern, dann kann man wirklich nichts dagegen haben.

Zum Schluß nahm noch einmal Professor Sellenberg das Wort. Er habe eben gehört, daß seine Worte gegen den Magistrat zu scharf gewesen sein sollen. (Allseitige Zurufe: Nein, nein!) Der Redner verlas dann ein Telegramm an Herr Hauptmann, dem die Versammlung zustimmte.

Vorsichtigerweise verzichteten die Einberufer auf jede Ansprache. Den Herren schien vor den Geißern zu grauen, die sie entseßelt hatten. Und das nennt sich aufrechte Bürger von 1913.

Rundgebungen für das Festspiel.

In ganz Deutschland regen sich die Aufrechtgesinnten, um laut und deutlich zu bekunden, daß sie Bewahrung einlegen gegen die empörende Unterdrückung des Hauptmann'schen Festspiels.

In Berlin tagte am Montag eine Versammlung des Schuberbandes deutscher Schriftsteller im großen Saale der Philharmonie. Mehr als zweitausend Personen waren versammelt. Es sprachen die Schriftsteller Kaufmann und G. Loewer und die Reichstagsabgeordneten Dr. Ullrich und Wolfgang Dörner. Nach langer und stürmischer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Versammlung die Enttückung über die Unterdrückung des Festspiels anspricht und gelobt, dem Dichter im Kampfe gegen die Unterdrückung treulich beizustehen.

Die Ortsgruppe Heidelberg des Deutschen Montanbundes und des veranfaltete am Sonntag eine Rundgebung für das Hauptmann'sche Festspiel. Amstücker Döselheimer aus Ludwigshafen sprach über die tatsächlichen Ereignisse in Breslau.

Um den Versammlungsbefuchern ein völlig sachliches Urteil zu ermöglichen, verlas dann Dr. Maurice Dörner das ganze Festspiel. Zum Schluß wurde folgende Entschließung unter stürmischem Beifall angenommen:

Die von der Ortsgruppe Heidelberg des Deutschen Montanbundes einberufene öffentliche Versammlung spricht ihr Bedauern aus, daß der Magistrat einer deutschen Großstadt höflichen oder sonstigen Einflüssen nachgebend, die Aufführung des Festspiels von Herr Hauptmann eingestellt hat. Die Versammlung kennt nun den Text des Festspiels und ist von seiner dichterischen und patriotischen Kraft aufs tiefste ergriffen. Die Versammlung meint, daß der Breslauer Magistrat die Erinnerung an den Freiheitsgeist des Jahres 1813 nicht besser hätte feiern können, als daß er seinen früheren eigenen Standpunkt jedweden gegenüber mannschaft aufrecht erhalten hätte. Die Versammlung empfiehlt dringend allen städtischen Behörden, um Protectors für Ausstellungen usw. in Zukunft nicht mehr nachzusuchen, damit Konflikte ähnlicher Art nicht mehr entstehen.

Die Gesellschaft

zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

hat am Sonnabend und Montag in Breslau ihre Jahresversammlung abgehalten. Im Jahre 1912 gegründet, hat sich die Gesellschaft seit dieser Zeit erfreulich entwickelt und zählt heute etwa 5000 Mitglieder. Nach dem Jahresbericht des Prof. Dr. Blaschke gehören der Gesellschaft Vertreter aller Berufe an, auch Frauen aus allen Schichten.

In der Erkenntnis, daß die Tätigkeit der Gesellschaft für das öffentliche Wohl außerordentlich ersprießlich ist, haben sich zahlreiche Stadtverordnungen, Landesversicherungsanstalten, Lebensversicherungsanstalten, Krankenkassen und viele gemeinnützige Vereine, Arbeiter- und Frauenvereine, jüdische Verbindungen usw. den Bestrebungen der Deutschen Gesellschaft angeschlossen. In fast allen großen und vielen Mittelstädten Deutschlands haben sich besondere Ortsgruppen und Zweigvereine gebildet, die Aufklärung und Belehrung verbreiten, gegen übliche Mißstände ankämpfen und so zu örtlichen Zentralen für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geworden sind. Die Gesellschaft hat auch bereits eine ganze Reihe praktischer Erfolge zu verzeichnen, und vor allem hat sie mit ihren Bestrebungen die einmütige Billigung der Öffentlichkeit gefunden. — Weiter wurde der Versammlung mitgeteilt, daß die von der Gesellschaft eingesezte Sachverständigenkommission zur Beratung der Prostitutionsparagrafen im Strafgesetzbuchentwurf im Oktober d. Js. ihre Arbeiten aufgenommen hat.

Zweck wurde beraten über Geschlechtskrankheiten und Bevölkerungproblem.

Erster Redner darüber war Dr. Julian Marcuse, der nach der Breslauer Zeitung etwa folgendes ausführte: Die neuzeitliche Entwicklung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens hat eine relative Autonomie erziehen lassen, die ihren Ausdruck nicht nur in der Stellung des modernen Menschen in Gesellschaft, Recht und Sittlichkeit findet, sondern auch vor allem in der Umwertung innerer Ziel- und Streberichtungen im Sinne einer Persönlichkeitskultur zu erbilden ist. Die objektiven Schwierigkeiten der Lebensführung und der Daseinsverhältnisse lösen den Gedanken der Selbsthilfe aus und führen allmählich zur bewußten Kleinhaltung der Familie. Auf diese Weise erklären sich die feststehende Erscheinung der mehr und mehr sinkenden Geburtenziffer der Kulturvölker. Neben dieser gewollten und durch die veränderte Stellung vor allem der Frau bedingten Verringerung der Geburtenzahl spielen Kindersterblichkeit und Geschlechtskrankheiten eine große Rolle. Die Verhütung der Samen ist ohne Verwendung von Schutzmitteln unüberführbar, deren Ausgestaltung nur zur weiteren Verbreitung von Gesundheit und Leben bedenklichen Praktiken führen würde.

Korreferent Prof. Blaschke (Berlin) wies zunächst darauf hin, wie Quers und Gonorrhoe in vielen Fällen kurzlebige, minderwertige und degenerierte Nachkommenschaft resp. völlige Kinderlosigkeit verursachen. Sodann ging Redner auf die Bestrebungen ein, die dahin zielen, den Vertrieb der persönlichen Schutzmittel gegen die Geschlechtskrankheiten zu erschweren, weil diese zugleich auch als antikonzeptionelle Mittel Verwendung finden; er bezeichnete sie als unsicher, denn einmal gede es noch zahlreiche andere Mittel zur Verhütung der Konzeption, die auf geschlechtlichem Wege überhaupt nicht zu lassen seien, dann aber seien vor allem die antikonzeptionellen Praktiken nicht ur-

sache, sondern Folge der in unseren wirtschaftlichen und sozialen Zuständen begründeten Tendenz zur Kleinhaltung der Familien. Dieses Bestreben werde aber künstlich durch eine irrationelle Wirtschaftspolitik gesteigert, die eine Entvölkerung des fruchtbarsten Landes auf Kosten der Städte, in den Städten aber eine Verteuerung und Erschwerung der gesamten Lebensführung nach sich ziehe und den einschüchternen Teil der städtischen Bevölkerung zu einer begrenzten Beschränkung der Kinderzahl veranlasse.

Zu der lebhaften Aussprache forderte Dr. Marcuse (Breslau) ein geschicktes Vorgehen gegen den Geschlechtsmangel und beantragte, dem Reichsanwalt, dem Reichsamt des Inneren, dem preussischen Minister des Inneren und dem Kaiserlichen Gesundheitsamt folgende Resolution zu übermitteln:

„Im Hinblick darauf, daß die Geschlechtskrankheiten einen unheilvollen Einfluß auf die Geburtenzahl in der Bevölkerung ausüben, und daß die schlimmsten Folgen der Geschlechtskrankheiten durch die in großem Umfange stattfindende kurpfuscherische unsachgemäße Behandlung wesentlich verstärkt werden, hält die D. G. z. B. d. G. Zielbewußte diese gesetzliche Maßnahmen zur Eindämmung des Geschlechtsmangels auf diesem Gebiete für durchaus erforderlich.“

Diese Entschließung wurde angenommen. Ueber die sexualpädagogische Erziehung berichtete Doktor G. Hohen (Breslau). Die Gesellschaft strebe mit allem Nachdruck die Einführung einer sexuellen Erziehung durch das Elternhaus und die Schule an. Sie veranstalte Elternabende und Lehrerfortbildungskurse über Sexualpädagogik; außerdem sei sie bestrebt, die bisherige analoge Abiturientenbelehrung auch auf Sekunda und Prima auszudehnen und eine Belehrung der schulentlassenen Mädchen und die dem Fortbildungsschulungswegen unterliegenden Schüler anzustreben.

Ueber Geschlechtskrankheiten und Ehebruch

sprach Prof. Sellen (Charlottenburg). Die deutsche Gesetzgebung gebe ausreichende Handhaben, um dem gebunden Verlobten und gebunden Ehegatten die Lösung der Verlobung und Trennung der Ehe gegenüber dem geschlechtskranken Verlobten und Ehegatten auch in verdinglichungsrechtlich befriedigender Weise zu ermöglichen. Die Rechtsprechung könne zwar keine Offenbarungspflicht vorehelicher Geschlechtskrankheiten, steht aber in der Unterlassung dieser Offenbarung die Selbstführung eines Irrtums über eine wichtige persönliche Eigenschaft, mithin einen Grund zur Anfechtung der Ehe.

Gonorrhoe-Direktor David (Breslau) der über den gleichen Gegenstand vom rechtlichen Standpunkte aus sprach, gab unter anderem der Meinung Ausdruck, daß ohne Geschlechtsüberlehr erworben Geschlechtskrankheiten (Venerer, Infektion) natürlich nicht als Verschulden angesehen werden können. Für die Aufhebung der Ehe können die Geschlechtskrankheiten als Anfechtungsgrund wegen Irrtums und wegen arglistiger Täuschung, sowie als Scheidungsgrund in Frage. Angefochten könne die Ehe von dem Ehegatten werden, der sich bei der Eheschließung in der Person des anderen Gatten oder über solche persönliche Eigenschaften von ihm getäuscht hat, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe von ihrer Eingehung abgehalten haben würden. Maßgebend sei hierbei in erster Linie der subjektive Standpunkt des Irrenden. Den Vorträgen folgte eine anregende Aussprache.

Jahrhundert-Ausstellung.

Warnung vor dem Mißbrauch von Dauerarten.

Trotz wiederholter Warnungen sind am Sonntag doch von Ausstellungsbesuchern, die eine Prüfung der Dauerarten vornehmen, einzelne Fälle festgestellt worden, wo eine andere als die in der Karte als Besucher angegebene Person die Dauerarten am Eingang vorbeigleite. Der geringe Vorteil, der durch diesen Mißbrauch erreicht wird, steht in keinem Verhältnis zu den sehr unangenehmen Folgen, die ein solches ungesetzliches Vorgehen nach sich ziehen kann. Der Mißbrauch von Dauerarten hat nicht nur die Eingehung dieser Karte zur Folge, er berechtigt auch die Ausstellungskomitee zu strafrechtlichen Schritten. Es liegt daher im eigenen Vorteil der Ausstellungsbesucher, sich streng an die in jeder Dauerarte abgedruckten Vorschriften zu halten.

Die Ausstellung der Ratten

und anderer Pflanzungen im Mittelbau der Gartenbauhalle hat sehr große Aufmerksamkeit erregt und war in den letzten Tagen sehr stark besucht. Wenn auch die Aussteller von außerhalb ihre wertvollen Pflanzen nicht länger stehen lassen konnten, so ist es doch der Ausstellungskomitee gelungen, die hiesige Firma Ed. Monhaupt & Kelt., Gartenstraße 27/29, zu veranlassen, ihre reichhaltige Sammlung — es ist bei weitem die umfangreichste Parvität — vorläufig noch stehen zu lassen.

* Von der Bromnade. Prachtvoll haben sich die vor vier Jahren gepflanzten Rankrosen an dem Nordosthange der Goltzehöhe entwickelt. Gegenwärtig stehen diese Pflanzen in vollster Blüte und bieten ein farbenprächtiges Bild, das dem in der Rosenausstellung gleichwertig ist. Es wäre zu wünschen, daß alle Besucher der Rosen-Ausstellung einen Abstecher zur Goltzehöhe machen, um diese Farberfülle zu genießen. Der Pfad am Fuße des Berges, der sogenannte Wassergraben, führt und dann zum Augustaplatz. Hier sehen wir an dem Südwesthange Fingerhüte und Ritterporen in vollster Blüte. Von hier aus kommen wir über den Berg am Holteidenkmal vorbei zum Leisingaplatz und erblicken östlich der Wetterfahle an der Leisingturnhalle das üppige Farbenspiel einer groß angelegten Fingerhütpflanzung. Auch am Fränkeleplatze und im Reichackerpark blühen Fingerhüte in großer Zahl.

* Gesundheitsbericht. In der Woche vom 8. bis 14. Juni sind nach einer Zusammenstellung des städtischen Amtes in Breslau 88 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 293 Kinder geboren; davon waren 222 ehelich, 71 unehelich, 289 lebend-geboren (142 männl., 147 weibl.), 10 totgeboren (3 männl., 7 weibl.). Mit den 9 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 189 Sterbefälle (95 m., 94 w., darunter 24 Ortsfremde) in der Berichtswoche gezählt worden. Von den 24 Ortsfremden waren 43 unter 1 Jahr alt (25 ehelich und 18 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Kinderhefter 1, Masern 6, Tuberkulose 22, Krankheiten der Atmungsorgane 29, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 17, Selbstmord 7, Anginalfälle 2, und alle übrigen Todesursachen 85. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Diphtherie 22, Scharlach 22, ägyptische Augenkrankheit 3, Wochenhefter 2, Unterleibspest 3. In den 15 Tagen Krankenhäuser betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 837; es kamen hinzu 869, es starben 68, es gingen ab 960, so daß am Ende der Woche 828 Verblieben.

* In Konkurs geraten ist vor einigen Tagen der Kaufmann Paul Werner, Fohlenallernstraße 20. Verwalter: Kaufmann Julius Wae, Her, Telegraphenstraße 6.

* Zwangsweise veräußert werden demnach vom Breslauer Amtsgericht folgende Grundstücke: Goethestraße 78 am 28. Juli, Döschstraße 99 am 28. Juli, Wallstraße 174 und Seltenstraße 12 am 6. Oktober, das Vorder-Grundstück Siebenhufenerstraße 50/50 a am 18. August, Döschstraße 51 am 8. August, Koschstraße 37 am 5. August, Kleiern: Kaiser-Friedrich-Straße 4 am 7. August.

Sozialdemokratie und Jaheshundertfeier.

Unter dieser Ueberschrift hat sich das bekannte Blättchen des Pastor Dr. Nitzsche wieder einmal in geistige Unkosten gestürzt. Es „berichtet“ über unsere gewaltige Kundgebung am Sonntag, die sich gegen die bössche Jahreshundertfeier und das Verbot des Festspiels von Gerhart Hauptmann richtet. Wir würden, wie sonst, auf das Geschrei des klaffenden Patriotenblattes nicht eingehen, aber um der Wahrheit willen, muß es geschehen. Die konservative „Schlesische Morgenzeitung“ schreibt u. a.:

„Ueberhaupt erging sich der gebildete Revisionist in den größten Angriffen gegen den Preußenkönig und seine edle Gemahlin Luise.“

Kein Wort davon ist wahr. Genosse Landsberg aus Magdeburg, der es geradezu meisterhaft verstand, an der Hand von geschichtlichen Tatsachen der gewaltigen Volkserhebung von 1818 gerecht zu werden und die ablehnende Stellung der Sozialdemokratie zur Jahreshundertfeier überzeugend zu begründen, er hat sich mit Friedrich Wilhelm III. und seiner Gemahlin überhaupt sehr wenig beschäftigt. Und soweit es geschah, muß jeder unbefangene Hörer sagen, daß von „gröblichen Angriffen“ keine Rede war. Im Gegenteil, als Genosse Landsberg auf den Hofgongolernsürken vor hundert Jahren und die Königin Luise zu sprechen kam, und dabei Dinge erwähnen mußte, die allerdings den heutigen Ueberpatrioten aus durchschlagenden Gründen nicht angenehm in den Ohren klingen, da erklärte der Redner ausdrücklich, es sei ihm durchaus nicht angenehm, solche geschichtlichen Tatsachen vorzutragen. Wenn es nach alledem zum Schluß in dem „Bericht der „Schlesischen Morgenzeitung“ heißt: „Diese gemelnen, unverschämten Beleidigungen unseres Könighauses durch einen rassenfremden Spötter fanden das stürmische Gelächter der verhassten Massen“, so richtet sich eine solche traurige Angeberet von selbst, zumal sie noch mit ekelhaftem Judentum vermischt ist.

Vier Wochen Gefängnis für eine Ohrfeige.

Diese harte Strafe verhängte am Montag das hiesige Schöffengericht über den organisierten Böder August Kędzia, weil er dem arbeitswilligen Wädergastelns Ausschußmitglied Gust Woytas am 2. Mai 1913 auf der Oberstraße eine Ohrfeige gegeben hat.

In einer Versammlung im Cafe Restaurant versetzte sich Woytas einmal zu folgender Behauptung: „Ein Wädergastelns ist imstande, seine Familie ehrlieh und rechtlich zu erhalten, wenn er 14 Mark und halbe Kost beim Meister verdient.“ Dieser lächerlichen Behauptung ist Kędzia damals gebührend entgegengetreten, worüber Woytas sehr ungehalten war. Auch am 2. Mai ließ sich Woytas die Gelegenheit nicht entgehen, den Kędzia lächerlich anzugrinsen, obwohl dieser ruhig seines Weges ging und garnicht daran dachte, dem meistersfreundlichen Stoßlegen etwas zu tun. Durch dieses Verhalten gereizt, gab ihm Kędzia eine leichte Ohrfeige. Auf die Anzeige des Geschlagenen erhob die Staatsanwaltschaft gegen K. Anklage wegen „gefährlicher Körperverletzung durch einen hinterlistigen Ueberfall, § 223a R.-St.-G.“ Bemerkenswert sei, daß am Tage des Vorfalls gerade der Wädergastelns einen Tag dauerte. Kędzia hat aber bei einem tafelfreuen Meister gearbeitet; er gehörte also nicht zu den Streikenden. Ungeachtet dieser Tatsache stellte Woytas in der Verhandlung den an sich recht harmlosen Vorfall als „Streikterrorismus“ hin. Diese Auffassung machte sich auch der Herr Anwaltschaft zu eigen und beantragte eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. G. H. L. H. H., wies darauf hin, daß der Fall gar nicht einfacher und harmloser liegen kann, als er tatsächlich liegt. Der Wädergastelns und die Tatsache, daß der Angeklagte feiertagsgewaltig ist, müssen bei gerechter Beurteilung der Sache vollkommen ausfallen. Eine Ohrfeige wird sonst gewöhnlich mit 3 Mark bestraft, und es liegt kein Anlaß vor, über dieses Strafmaß hinauszugehen. Wider Erwarten erkannte das Gericht auf vier Wochen Gefängnis mit der Begründung, daß in dem Verhalten des Angeklagten „Streikterrorismus“ zu erblicken sei, der eine empfindliche Strafe erheische.

Wo hier der Streikterrorismus steht, das können wir trotz aller Mühe nicht entscheiden; und mit uns werden alle organisierten Arbeiter Breslaus der Ansicht sein, daß hier von Terrorismus wirklich nicht gesprochen werden kann.

Aus aller Welt.

Waffenerkrankungen im Infanterieregiment 78.

In Osabrück erkrankten am Sonntag vormittag auf der Rückkehr von der Kirche nach der Kaserne 15 Mann des hier garnisonierenden Infanterieregimentes Nr. 78 unter Anzeichen der Vergiftung. Man schaffte die erkrankten Soldaten unverzüglich ins Lazarett. Während die Ärzte sich noch um die eben Eingelieferten bemühten, erkrankten schon weitere Mannschaften desselben Bataillons, die man ebenfalls ins Lazarett brachte. Bis zum Nachmittag betrug die Zahl der Erkrankten schon gegen hundert, und fast in jeder Minute wuchs die Zahl der Erkrankungen. Bis Montag in die ersten Morgenstunden hin, dauerte die Zunahme der Fälle an und erreichte schließlich die hohe Zahl von ungefähr 200 Mann. Alle Erkrankten litten an heftigen Durchfällen.

Das Befinden der Erkrankten ist seit Montag mittag zuversichtlich, Lebensgefahr besteht bei keinem von ihnen. Die Ursache der Erkrankungen konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Möglich ist, daß der Kaffee, in dem der Kaffee bereitet wurde, schädliche Drogen angefaßt hatte.

Nach einer späteren Meldung, deren Bestätigung allerdings erst abzuwarten ist, stellen sich die Erkrankungen beim 78. Infanterieregiment als harmlos heraus, als man ursprünglich angenommen hatte. Sämtliche Kranke befinden sich auf dem Wege der Besserung. Die Ursache der Erkrankungen ist aber bisher noch immer unbekannt.

Die Mischelwälder. In Giffers brach am Sonntag vormittag in der Mischelwälder von Josef Franz Schue A. B. aus bisher unangelegter Ursache im dritten Stockwerk des Hauptgebäudes Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. In das brennende Zimmer drang das ganze Gebäude in Flammen stand. In den Etagen, die durch die ausströmende Hitze überaus erhitzen wurden, beteiligten sich neben der Feuerwehr-Corps und Artillerie-Offizieren. Nach stündlicher Arbeit gelang es, die Gebäude zu löschen. Das Hauptgebäude wurde fast in den Flammen aufgeschluckt. In dem Nebengebäude, welches völlig unbeschädigt blieb, waren drei Frauen darunter. Der Schaden, der auf unaesfähige anderthalb Millionen geschätzt wird, ist durch Versicherung gedeckt. Bei den Löscharbeiten wurden drei Feuerwehrmänner leicht verletzt.

Der Kinematograph als Volksbildungsmittel.

Ueber diese sehr wichtige Frage sprach Herr Lehrer Ruppich in der Haupt-Versammlung des Schlesischen Provinzialverbandes der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, die am Sonnabend im Vortragsaal des Breslauer Lehrervereins abgehalten wurde.

Der Redner ging in seinen sesselnden Ausführungen davon aus, daß jedes Werk der Technik ein Produkt der Kultur seiner Zeit ist; es braucht aber noch lange nicht Kulturfördernd zu sein. Die wirtschaftliche Bedeutung des Kinematographen ist groß. Im Jahre 1900 gab es in Hamburg und Würzburg je ein Kino, jetzt bestehen in Berlin allein 400, in Breslau nach dem neuesten Adreßbuch 23. Ein einzelnes Filmdrama erzielt zwischen 6 und 13 Millionen Besucher. Die Filmgesellschaften können deshalb sehr hohe Dividenden zahlen. Den Einfluß des Kinos auf das geistige Leben bekräftigte der Redner hinsichtlich der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen. Es wird noch sehr viel Schlechtes und Gemeines und noch mehr Unbernes und Schwaches in den Kinos geboten. Die Filmgesellschaften kommen nach kaufmännischem Grundsatze den Wünschen der Masse entgegen. Zwei Breslauer Jugendrichter haben festgestellt, daß Gerumtreibereien und Diebstähle oft auf den Besuch des Kinos zurückzuführen sind. Eine Wädergastelns hat gestanden, daß sie den Mut zu ihrer Tat aus Minodramen genommen hat. Der starken Macht der Beeinflussung fallen selbst Gebildete anheim. Neben den mittelbaren Schädigungen bestehen noch unmittelbare in dem Reiz schlechter Bilder auf die Augen, in der herrschenden Luft und der Dunkelheit, die Belegenheit zu Taschendiebstählen und zu unlauteeren Anndherung gewährt.

Aber was könnte uns der Kinematograph sein? Er schleicht die ganze Welt in sich. Die tiefsten Geheimnisse der Natur beleuchtet er, der Medizin, der Zoologie kann er unschätzbare Dienste leisten. Für alle Unterrichts- und Bildungsanstalten und die allgemeinen Volksbildungsvereine ist seine Wirkung in der Zukunft unbegrenzt. Das Ziel ist durch eine negative Forderung zu erreichen, indem die dramatische Dichtung ausgeschaltet wird, und durch eine strenge Zensur. In dem geplanten Reichstheatergesetz muß die beachtlichste Einführung des Kinematographen und ein Verbot, das jugendliche fern hält, durchgeföhrt werden. In positiver Arbeit müssen sich Staat, Gemeinden und Volksbildungsvereine die Hand reichen. Städtische Kinos sollten errichtet werden, die den Schulen zur Verfügung stehen. Kleinere Städte sollten einen Vertrag mit dem Kinobesitzer abschließen, auf Veranstaltung belehrender Vorstellungen. Wo das nicht möglich ist, müssen sich mehrere Gemeinden zusammenschließen. Die großen Vereine sollen feste Wanderkinos unterhalten. Elternvereine sollen gegeben werden. Die Erziehung muß vor allem die Gesundheitspflege, Staatsbürgerliche und geschichtliche Bildung umfassen. Es ist in jüngster Zeit schon viel zur Hebung des Kinos getan; wenn wir auf diesem Wege fortfahren, muß es zu einem Förderer der Kultur allerersten Ranges werden. Nach einer Aussprache, an der sich unter anderen Stadtoberordner Kreischmer und Frau Geheimrat Schüler, die Vertreter der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge, beteiligten, wurde eine Resolution im Sinne des Vortrages angenommen.

Kinder als Voten.

Die Inhaberin eines Papierwarengeschäfts verwannte einen noch nicht 12 Jahre alten Knaben als Voten in ihrem Geschäft. Für jeden Votengang bekam der Knabe, dessen Mutter von der Beschäftigung wußte, 5 Fla., 10 Bfg., oder, wenn es sich um einen größeren Betrag handelte, auch 20 Pfennige. Wegen Verweigerung gegen das Kinderschutzes stand die Geschäftsinhaberin am Montag vor dem hiesigen Schöffengericht. Die Mutter des beschäftigten Knaben hatte neben ihr in der Anklagebank wegen Beihilfe zu diesem Vergehen Platz zu nehmen, weil sie nichts getan hatte, um die ungesetzliche Beschäftigung des Knaben zu verhindern. Beide Frauen erklärten, sie hätten noch nie etwas davon gehört, daß man Kinder unter 12 Jahren in der Handhabung nicht, über 12 Jahren dagegen nur mit besonderer polizeilicher Erlaubnis beschäftigen darf. Die Papierhändlerin wurde mit 6 Mark, die Mutter des Knaben mit 3 Mark bestraft.

Stellennachweis und Bureauangehörte. Die Schädigungen des einzelnen und des Wirtschaftslebens aus der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes sind unbestritten. Für den Angestellten bedeutet sie eine unnötige Verlängerung einer bevorstehenden Stellunglosigkeit. Dem Arbeitgeber entzieht durch Wiederbeschaffung offener Stellen manche Verdrießlichkeit und Unbequemlichkeit. Deshalb liegt es im gemeinsamen Nutzen, die offenen Stellen auf schnellstem Wege den Stellungsuchenden zur Kenntnis zu bringen. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Verband der Bureauangestellten Deutschlands einen für Angestellte und Prinzipale kostenlosen Zentralstellennachweis, Berlin G 25, Kaiser-Wilhelmstraße 15a, errichtet. Die Stellen-

vermittlung erstreckt sich auf den ganzen Ort. Die Stellen aller Art für die Bureau der Rechtsanwält, Patent-anwälte, Versicherungsgesellschaften, Krankenkassen, Fabriken usw. nachgewiesen. Viele zweckmäßige Einrichtung sollte regelmäßig benutzt werden. Namentlich ist das aber auch den Angestellten zu empfehlen.

Der Stadtschuhmacher hält vom 21. Juli bis 1. September Ferien. Während der Ferien dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung nur ausnahmsweise in schleunigen Sachen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen sind die Ferien ohne Einfluß; auch bleibt das Stadtschuhmacherbureau für den Verkehr mit dem Publikum nach wie vor geöffnet.

Geschlossen. Das Brausebad II am Berliner Platz bleibt wegen Bauarbeiten von heute an auf etwa zehn Arbeitstage geschlossen.

Der „Rossmo“ ist das Organ der gleichnamigen Gesellschaft der Naturfreunde (St. St. St.), die heute durch eine hübsch ausgestattete Sonderbeilage erneut leberrnann zum Beitritt einladet. Neben den reichhaltigen allgemeinen, umfangreichen, reich illustrierten Monatsheften erhält jedes Mitglied noch 5 prächtige Bücher erster Naturforscher. Der Jahresbeitrag beträgt trotz dieser und noch weiterer Vorteile nur 6 Mark mit Bestellgeld und kann auch in halbjährlichen Raten von 2,50 Mark geleistet werden.

Ein schwerer Schlägerel war am Sonnabend abends auf der Stockgasse entfallen, in deren Verlauf die 47 Jahre alte Auguste Lange, Stockgasse 10 wohnhaft, mit einem Messer einen schweren Stich in den Kopf erhielt. Verletzter Samariter der Feuerwehr legten der Verletzten einen Notverband an und schafften sie mittels ihres Krankenwagens nach dem Allerheiligsten-Hospital.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Mitteilungen aus dem Direktionsbureau. Schauspielhaus. Gesamtgastspiel des Berliner Lessing-Theaters. Heute, Dienstag gelangt durch das Lessing-Theater-Ensemble Hermann Bahr's Lustspiel „Das Brigid“ zum letzten Male zur Aufführung. Mittwoch wird zum 1. Male Herrit Jbsens Familendrama „Geipensier“ zur Vorstellung gebracht, in dem sich Frau Elise Lehmann als Frau Alving verabschiedet. Donnerstag wird „Rosmerholm“, Schauspiel von Herrit Jbsen, wiederholt. Freitag geht zum 1. Male „Das Konzert“, Lustspiel von Hermann Bahr in Szene. Sonnabend findet eine Repetiere von „Fedda Gabler“ statt. Sonntag bringen die Berliner Gäste eine Aufführung des „Rosenmontag“, Otto Erich Hartlebens bekannter Offizierstaschödie.

Victoria-Theater. Die Direktion gibt nochmals bekannt, daß die Eröffnung des Theaters am 1. Juli erfolgt, und verspricht das Gastspiel Rubos Nelsons mit seiner Künstlerbesetzung ein ganz außerordentlicher Erfolg zu werden. Nelson als Erfinder inkomischer Weisen wie feinsinnigster Begleiter am Flügel ist ein Programm für sich, das unter seiner Leitung stehende „Chat noir“ gilt als bestes und vornehmstes Kabarett in ganz Berlin. Künstler und Künstlerinnen ersten Ranges, unter denen die bekannte Maub Hawley mit ihrem Chanson: „Aieue Mädchen müssen schlafen gehen“ allen Besuchern des Victoria-Theaters noch in bester Erinnerung stehen dürfte, werden um die Gunst des Publikums ringen. Freunde intimer, fein pointierter Vortragskunst werden so Gelegenheit haben, diesen Genre in höchster virtueller Vollendung genießen zu können, umso mehr, als das Theater in seiner letzten Ausmachung sich ganz dem vornehmen Rahmen anschließt. Der Vorverkauf für die Premiere wird in den nächsten Tagen eröffnet, und empfiehlt es sich, rechtzeitig Plätze zu besorgen. Die Direktion hat für die Eröffnung große Anstrengungen gemacht, um den Verlauf des ersten Abends mündig zu gestalten. Das auf die doppelte Mannzahl verstärkte Orchester wird das wertige Publikum im Garten von 7-8 Uhr und während der Pausen bestens unterhalten und sind alle Vorkehrungen getroffen, die dem Eröffnungabend den Stempel des Außergewöhnlichen aufdrücken. Es empfiehlt sich also nochmals rechtzeitig Plätze zu bestellen, da eine große Schaar Freunde und Gönner des Berliner Ensembles sich hier ihr Stelldichein geben werden. Bemerkenswert sei noch, daß die Preise die früher üblichen sind, also nicht erhöht.

Kleine Notizen.

10.188 Nierensteine in einem Körper gefunden. Ueber einen wohl einzig dastehenden Fall wurde in einer der letzten Sitzungen der Medizinischen Gesellschaft in Paris berichtet. Im Körper eines Patienten fanden sich mehr als zehntausend Nierensteine, die markwürdigweise dem Kranken niemals auch nur die geringsten Schmerzen verursacht hatten; ja sogar die Strapazen des Militärdienstes hatte er nur wenige Jahre früher ohne alle Beschwerden mitmachen können. Nach der Operation trat alsbald völlige Heilung ein.

Um, in der Tat höchst merkwürdig. Sollte die Geschlinge seligen Angedenkens in dein sonderbaren Kranken einen Nachfolger gefunden haben?

Ein Passagierhöhenweltrekord wurde am Montag vormittag vom Diplomgenieur Thelen auf einem Militärpatrosdoppeldecker in Johannisbad aufgestellt. Thelen hatte außer dem Leutnant Münster als Fluggast Ballast für zwei weitere Passagiere eingenommen und damit außer den Betriebsstoffen für 2 1/2 Stunden eine Nutzlast von 280 Kilogramm in der Höhe von 11.000 Metern erreicht. Der zuletzt anerkannte Rekord für drei Passagiere ist von dem Franzosen Marty mit 1680 Metern aufgestellt worden.

Literatur.

Rezeptionen von Obersteiermark. Der vom Landesverband für Fremdenverkehr in Steiermark in Graz im Vorjahre herausgegebenen Reisekarte von Obersteiermark, westliches Blatt, ist nunmehr das östliche Blatt gefolgt. Diese beiden Reisekarten sind in Farbendruck nach Aquarallen von Hellmann ausgeführt und können jedem Alpenfreund und jeder Schule bestens empfohlen werden. Ausgabe 1, jedes 100 X 85 cm, als Kunstblatt für Wandschmuck geeignet, Kr. 2.— (Mk. 2.50), nach auswärts einschließlich Post und Porto Kr. 2.40 (Mk. 2.90). Ausgabe 2, jedes 76 X 56 cm, gefaltet in Taschenformat, Kr. 0.60 (Mk. 0.50), postfrei als Kreuzband Kr. 0.85 (Mk. 0.55). Der Beschauer sieht von einem überragenden Punkte die Höhenzüge, Täler, Ortschaften und Eisenbahnlinien in einem Bergpanorama, das den Dachstein mit seinen Gletschern, die Tauernkette, die Hallertauern, die Ennstaler und Gailtaler Alpen, die Hochalpen, die Gailtaler, Gailtaler, Gailtaler und Gailtaler, die großartigsten Schaufälle der steirischen Alpenwelt, umfaßt.

Schaden, der auf unaesfähige anderthalb Millionen geschätzt wird, ist durch Versicherung gedeckt. Bei den Löscharbeiten wurden drei Feuerwehrmänner leicht verletzt.

Eisenbahnunglück in der Herzegowina. Vor der Station Brenj am Arentastütz in der Herzegowina hat sich Sonntag, wie dem „Berliner Tageblatt“ berichtet wird, ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Dort wurde durch einen Felssturz das Gleis der Bahn zerstört. Die Lokomotive des Personenzuges aus Mostar fuhr auf den herabgestürzten Felsen auf und entgleiste. Die an der Unfallstelle befindliche kleine Brücke wurde abgerissen und stürzte in die Arenta. Der Dienstwagen des Zuges und zwei Wagen erster und zweiter Klasse wurden mitgerissen und fielen ebenfalls in den Fluß. Ein dritter Wagen blieb in der Luft hängen. Der Fahrer des Zuges und der Finanzprokurator Dr. Quicha, ein Vater von acht Kindern, wurden getötet, drei Personen erlitten schwere Verletzungen und mehrere andere wurden leicht verwundet.

Wieder ein Drahtseil-Frevel. In der Lehniner Straße in Berlin befindet sich ein besonderer Radfahrerweg. In einer der letzten Nächte wurde von Bubenhänden etwa 1 1/2 Meter hoch quer über den Weg ein ziemlich starkes Drahtseil gespannt. Als kurz nach Mitternacht zwei von einem Ausflug zu Rad heimkehrende Oberlehrer die Stelle passierten, wurden sie von dem Seil getroffen und zu Boden geschleudert. Beide erlitten ziemlich erhebliche Verletzungen. Die Ermittlungen nach den Urhebern des Streiches waren bisher ohne Erfolg.

Gefahren der Dynamitarbeiter. In der weisfällischen anhaltischen Sprengstoff-Fabrik in Göttern (Weisfalle) ereignete sich am Montag morgen eine heftige Dynamitexplosion. Zwei Arbeiter wurden dabei getötet und mehrere schwer verletzt.

Wier Arbeiter ertranken. Am Montag knieten auf dem Rhein bei Duisburg, in der Nähe des Hauses Knipp zwei Boote, in denen sich fünf Arbeiter befanden. Vier Arbeiter ertranken, während der fünfte gerettet werden konnte.

Verunglückte Feuerwehrlente. Aus Montreal (Kanada) wird gemeldet: Bei einem Grobfeuer im Säge-mühlendistrikt wurden durch Einstürzen einer Mauer vier Feuerwehrlente getötet und viele verletzt. Der Schaden beträgt eine halbe Million Dollar.

Neues Breslauer Nachrichten.

Seinen Verletzungen erliegen ist der Handlungsgehilfe Eugen H. r. von der Alsenstraße, der, wie gemeldet, am Sonntagabend beim Heimkehren von einem Ausfluge auf der Frankfurterstraße vom Wagen gestürzt war und durch Samariter der Feuerwehr in das Allerheiligenhospital eingeliefert worden war.

Die jugendliche Brandstifter. Wegen vorsätzlicher Brandstiftung stand der Fürsorgezögling Josef Theuner am Montag vor der Breslauer 2. Strafkammer. Er wurde Ostern vorigen Jahres von der Wohlauer Anstalt bei einem Gutsbesitzer in Kischwitz (Kreis Wohlau) als Diensthilfe untergebracht. Am 2. Februar 1918 bekam Theuner von seinem Arbeitgeber Schläge. Aus Wut darüber schlug der Junge drei Fensterhebel des Schüttbodens ein. Um anderen Morgen zwischen vier und fünf Uhr ging er ins Stallgebäude und steckte dort das Stroh in Brand. Das Feuer breitete sich rasch aus und vernichtete mehrere Wirtschaftsgebäude im Werte von 6000 Mark. Der Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Der Verdacht, das Feuer angelegt zu haben, fiel gleich auf Theuner, der zunächst in die Wohlauer Anstalt zurückgeschickt wurde. Die zweite Strafkammer verurteilte den Sechzehnjährigen zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis. Das Verbrechen der Fensterhebeln trug ihm wegen Sachbeschädigung noch fünf Tage Gefängnis ein.

Einbruch. Am 21. Juni ist ein Dieb in eine Wohnung auf der Fichtelstraße eingedrungen und hat daraus eine Reisetasche, verschiedene Decken, Spitzen und andere Gegenstände im Gesamtwerte von 50 Mark gestohlen.

Taschenraub. Am Sonntag ist einer Frau im Vergnügungspark ein Portemonnaie mit bedeutendem Geldeinhalt aus dem Kompadour gestohlen worden.

Gestohlen. Aus dem gewaltsam geöffneten Ankleidehäuschen auf dem Sportplatz in Bräunstraße sind 25 Flaschen Limonade und verschiedene andere Gegenstände gestohlen worden.

Dachstuhlbrand. Von drei Seiten wurde die Feuerwehr am Montagabend kurz nach 8 Uhr nach Neue Taschenstraße 23 gerufen. Hier war ein großer Dachstuhlbrand entstanden, dessen Ursache bisher nicht ermittelt werden konnte. Beim Eintreffen der Wehr schlugen bereits mächtige Flammen zu dem durchbrannten Dach nach der Straße hinaus und blühte Rauchmassen wälzten sich auf der mit Schaulustigen gefüllten Straße. Das Angreifen des Feuers gestaltete sich für die Wehr äußerst schwierig, zumal auch das Treppenhaus derartig verqualmt war, daß ein Vordringen über das Treppenhaus anfangs nicht möglich war. Man richtete daher sofort die Magirusleiter auf und griff das Feuer von hier aus an. Inzwischen hatte man dem Qualm Abzug verschafft und man führte nunmehr vier Schlauchleitungen über das Treppenhaus nach dem Brandherd. So gelang es nun in etwa einer Stunde, die Gewalt des Feuers zu brechen.

Mit dem Säbel verletzt wurde am 22. ds. Mts., früh zwischen 4 und 5 Uhr, der Bauarbeiter Ernst S. von der Marktgrabenstraße. Er machte auf dem Brigittental Arm. Als er festgenommen und zur Wache geschafft werden sollte, verletzte der Beamte dem Manne einen Stich in den rechten Oberarm. Der Verletzte wurde auf der Polizeiwache von herbeigerufenen Samaritern der Feuerwehr verbunden und nach dem Krankenhaus geschafft.

Einbruch. In der vergangenen Nacht ist ein Dieb in eine Wohnung des Hauses Wülfersstraße 7 eingedrungen und hat daraus ein Sparfessenduch, zwei goldene Armbänder und 40 Mk. in bar gestohlen.

Festgenommen wurde ein Dausierer, der am 22. d. M. einem Fleischer ein Portemonnaie mit 20 Mk. aus der Tasche entwendet hatte. — Ferner wurde ein Dampfwalzenführer festgenommen, der auf dem hiesigen Hauptbahnhof einem auswärtigen Landarbeiter eine Uhr aus der Tasche entwendete, — dann ein Maler, der Expressbriefe an eine hiesige Dame gerichtete hatte, um von ihr eine größere Summe zu erlangen.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Der gefesselte Parteiführer.

Am 21. April wurde unser Genosse Stowig aus der Wohlauer Strafanstalt nach Breslau transportiert, um hier einen Termin vor dem Schöffengericht wahrzunehmen. Stowig hatte von einer viermonatlichen Strafkraft nur noch 10 Tage zu verbüßen. Auch sonst ließ sich kein Grund finden, der gegen einen flüchtigen Verdacht gerechtfertigt hätte. Trotzdem wurde Genosse Stowig gefesselt vorgeführt. Diese aufsehenerregende Maßnahme hatte eine Beschwerde des so Behandelten zur Folge. Darauf gab nun der Regierungspräsident folgende Antwort:

Der Regierungspräsident. Breslau, den 14. Juni 1918.

Auf die an den hiesigen Herrn ersten Staatsanwalt gerichtete Beschwerde vom 22. April 1918 erwidere ich ergebenst, daß ich die Angelegenheit, betreffend die Fesselung des damaligen Gefangenen Stowig, bereits von Amts wegen verfolgt habe. Die angeforderten Ermittlungen haben ergeben, daß die Maßnahme auf ein bedauerliches Versehen zurückzuführen ist. Dem dafür verantwortlichen Beamten ist unterm 9. Mai d. J. das Erforderliche eröffnet worden. Die Beschwerde sehe ich hierdurch als erledigt an.

Das ist wenig, aber herzlich. Immerhin ist es schon erfreulich, daß überhaupt etwas geschah. Wir Sozialdemokraten sind ja in Preußen nicht gerade durch garte Rücksichtnahme der Behörden vermerkt.

Sachw. Amtsvorsteher und Vereinsgesetz. Schon wiederholt haben wir uns mit der eigentümlichen Auslegung, die das Vereinsgesetz vom 19. April 1908 durch die Amtsvorsteher erfährt, beschäftigen müssen. Was in dieser Hinsicht von ihnen geleistet wird, wenn es gilt, der bösen Sozialdemokratie das Vordringen auf dem Lande zu erschweren, geht auf keine Ruhhaut. Neuerdings hat sich der Amtsvorsteher von Bellau, Kreis Neumarkt, die Gewerkschaften vorgenommen. Er verfaßt nämlich folgenden schönen Schreibbrief:

Herrn Wollan, Kammerhof b. Camitz, 7. Juni 1918. R. Neumarkt i. Schl. Post: Camitz, Kreis Neumarkt (Schl.)

Der unterzeichnete Amtsvorsteher ersucht um umgehende Mitteilung, wer von dem Zweigverein Sachw. (Maurer-Verein)

- 1. der Bescheidende
- 2. der Schriftführer
- 3. der Kassierer ist.

Falls der Maurer Joseph Goppe Vorsitzender ist, bitte ich um Mitteilung, seit wann er Vorsitzender ist.

Der Amtsvorsteher, Camitz.

Herrn Wollan, August Sanger in Sachw. Warum ist denn der Herr so kränkerlich? daß er von unterm Genossen Sanger auf diesen Brief keine Antwort erhält, während ich ja bitten konnte, aber Sanger ist vollständig im Recht, wenn er behauptet, daß es den Amtsvorsteher gerechtfertigt angehe, wer in der Sachw. des Bauarbeiter-Vereins Vor-

standes usw. ist. Bis jetzt hat er kein Blick in der Dämpfung der Sachw. Arbeiterbewegung gehabt und auch diesmal wird ihn der Landrat belehren müssen, daß er sich um solche Angelegenheiten nicht zu kümmern habe. Wird es aber etwas nützen? Wir empfehlen dem Landrat, einmal einen Lehrkursus mit seinen Amtsvorstehern abzuhalten, um sie in die Geheimnisse des Vereinsgesetzes einzuwöhnen.

Diebstahl. Auf dem Gute Marienhof hat ein gallischer Arbeiter den Koffer eines ebenfalls dort beschäftigten Landmannes erbrochen und daraus einen Geldebetrag von 63 Mark gestohlen, worauf er die Flucht ergriff.

Gewerkschaftsbewegung.

Deutsches Reich und Ausland.

Ächtung, Seizungsmonieure und Heizer! Die bei der Thüringer Gasgesellschaft beschäftigten Seizungsmonieure haben die Arbeit eingestellt, weil die Firma die im Tarif der Seizungsmonieure vorgesehene Weggelt nicht entsprechend entschädigt hat. Wir erlauben die Kollegen, dies zu beachten. Deutscher Metallarbeiter-Verein, Bezirksstelle Leipzig.

Gegenseitigkeitsvertrag über Agitationsgebietsgrenzung. Durch verschiedene Gewerkschaftsbilder geht eine Notiz, wonach zwischen dem Verbande der Saitler und Bortseuiler und dem der Tapezierer ein Gegenseitigkeitsvertrag über Agitationsgebietsgrenzung und Ueberritt von Mitgliedern abgeschlossen worden ist, der am 1. Oktober 1918 in Kraft tritt. Wir können hierzu mitteilen, daß es so weit noch nicht ist. Die Leitungen beider Verbände haben in mehreren Sitzungen sich über Vorschläge geeinigt, die den Mitgliedern in den Verbandsorganen bekannt gegeben werden soll, und worüber in den Verbandsfilialen diskutiert werden soll. Erst wenn diese Aussprache abgeschlossen ist (Mitte August d. J.), dann werden die Verbandsvorstände, den Wünschen der Mitglieder möglichst Rechnung tragend, zur endgültigen Regelung und zum Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages zusammenzutreten.

Landarbeiterstreik in Italien. In der Provinz Ferrara sind die Landarbeiter ausständig geworden. Natürlich wurde sofort die Gendarmerei herbeigezogen. Infolgedessen herrscht eine erditterte Stimmung, die zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern führte. Bei dem Kampfe wurden acht ausländische Arbeiter verletzt.

Neueste Nachrichten.

Die Massenvergiftung in Osnabrück.

Während die letzten Meldungen am Montag die Erkrankungen beim 78. Infanterieregiment als harmlos hinstellen, scheint nach heute vorliegenden Depeschen die Sache doch ernst zu sein. Soll etwa die Öffentlichkeit langsam vorbereitet werden.

Osnabrück, 24. Juni. Von den 200 Mann des ersten Bataillons des Infanterieregiments Nr. 78, die gestern unter recht rätselhaften Vergiftungserscheinungen erkrankt sind, mußten 28 Mann sofort nach dem Hospital gebracht werden, da ihr Zustand besorgniserregend ist. Die meisten der erkrankten Soldaten befinden sich jedoch bereits auf dem Wege der Besserung und außer aller Gefahr. Auch von dem zweiten Bataillon des Infanterieregiments Nr. 78 sind 16 Mann unter den gleichen Erscheinungen erkrankt. Als Ursache der Erkrankungen wird nach der einen Version Schierlingsvergiftung nach einer anderen Version das schlechte Trinkwasser auf dem Truppenübungsplatz Münster in der Lüneburger Heide bezeichnet.

Spät entdeckter Lustmord.

Berlin, 23. Juni. Gestern nachmittag wurde im Falkenfeiner Forst zwischen Hennigsdorf und Velten die Leiche einer etwa achtzehn- bis zwanzigjährigen Person aufgefunden. Sie lag etwa 20 Meter vom Ort entfernt, wo die Leiche liegt, befindet sich eine Pflanzung, wo zwischen dem Wälder und dem Opfer ein heftiger Kampf stattgefunden haben muß, da das Gras im Umkreise von einigen Metern niedergedrückt ist und Zweige des Unterholzes abgerissen sind. Der Mörder muß hier sein Opfer entleiben und ins Dickicht geschleppt haben. Die Tat ist, nach Anschauung des Arztes, vor etwa 8 bis 14 Tagen begangen worden. Unschelnd handelt es sich um ein Mädchen, an dem ein Lustmord begangen sein dürfte. Der Täter hat seinem Opfer, um es unkenntlich zu machen, die Kopfhare abgeschnitten.

Windhose.

Frankenthal in der Rheinpfalz, 24. Juni. In der Gemarkung Obighelm trat als Begleiterscheinung eines Gewitters eine Windhose auf, die einen beträchtlichen Schaden anrichtete. Große Bäume wurden umgerissen oder entwurzelt und wie Streichhölzer gefiel. Eine große Anzahl von starken Baumstämmen führten die Fluten des Rheintals hinweg. Mehrere hundert Bäume wurden hoch in die Luft gehoben und davongewirbelt. Das Getreide auf den Feldern liegt auf dem Boden auf, als wenn eine schwere Waage darüber gegangen wäre. Eine Mauer wurde zum Teil umgerissen. Von einer Anzahl Häuser wurden die Dächer abgedeckt. Auf dem Felde beschäftigte Personen konnten sich vor der großen Gefahr, in der sie schwebten, nur dadurch retten, daß sie sich platt auf den Boden warfen. Trotzdem werden Fälle gemeldet, daß Menschen von der Windsbraut ergriffen und in den Rheintal anal geschleudert wurden. Es ist bisher von diesem schaurigen Natur Schauspiel noch nichts Genaueres bekannt, auch steht noch nicht fest, ob Menschen dabei ihr Leben verloren haben.

Schwerer Straßenanzusammenstoß.

Paris, 24. Juni. Ein aus Lyon kommender vollbesetzter Tramwayzug fuhr in vollem Tempo an einer vorgeschriebenen Haltestelle vorüber und stieß mit heftiger Gewalt mit einem ihm entgegenkommenden zum Stillstand unbesetzten Tramwayzuge zusammen. Eine große Anzahl von Personen erlitt zum Teil recht erhebliche Verletzungen. Elf Schwerverwundete wurden sofort in das Hospital gebracht. Der schuldige Tramwayzugführer, der selbst schwerverletzt worden sein soll, ergriff trotz seiner Verletzungen bald nach dem Unfälle die Flucht und konnte auch bisher noch nicht ergriffen werden.

Schwerer Unfall beim Salutschießen.

Paris, 24. Juni. In dem Augenblicke, da der französische Präsident Poincaré den Schuß, der ihn und seine Begleiter nach Oberburg gebracht hatte, verließ, gab es an der Riste aufgestellten Geschütze Salutschüsse ab. Hierbei ereignete sich ein sehr schwerer Unfall. Die Bedienungsmannschaft eines dieser Geschütze hatte in diesem eben Patronen hineingeschoben, als aus bisher noch vollständig unbekannter und unerklärlicher Ursache eine Entladung nach rückwärts erfolgte. Durch zurückgeschleuderte Geschosse wurde das Geschütz in zwei Richtungen auf der Stelle zerstört und zwei andere schwer verletzt.

Zur Lage auf dem Balkan.

London, 24. Juni. (Schief. Blg.) Die heute morgen in der englischen Presse veröffentlichten Telegramme über die Lage auf dem Balkan lauten hoffnungsvoller. Es soll ein Abkommen zwischen Rußland und Bulgarien getroffen worden sein, welches alle Schwierigkeiten beseitigt, die bisher der Annahme des russischen Schiedsgerichts durch Bulgarien gegenüberstanden. Ob Serbien nachgeben wird, ist sehr zweifelhaft, doch glaubt man, daß dies in den nächsten Tagen geschehen wird. Der Rücktritt des Ministerpräsidenten Paschitsch ist geschehen, um den Weg zu einer Verständigung zu ebnen. Er war notwendig, um den Widerstand Serbiens zu brechen und ein Nachgeben zu erleichtern. Der Reichskanzler der Times in Belgrad glaubt, daß Paschitsch bald wieder ans Ruder gelangen werde, und daß er dann genügend stark ist, um die militärischen und telegraphischen Elemente im Zaume zu halten. Sowohl der englische als der französische Gesandte in Belgrad haben mit sehr scharfen Worten auf die Notwendigkeit hingewiesen, den russischen Schiedspruch unter allen Umständen anzunehmen. Auch die Meldungen aus Pletersburg lauten hoffnungsvoller. Wenn man die Situation dort auch noch für sehr ernst hält, so bezeichnet man sie doch nicht mehr als so kritisch wie in der letzten Woche. Gestern hielten die Postämter in London unter dem Vorsteh E. Edward Grech eine Besprechung über die Lage der Balkankrise im Auswärtigen Amt ab. Hierin einem Beschluß scheint es aber nicht gekommen zu sein. Eine Gesamtkonferenz der Mächte wurde gleichfalls nicht verabredet, da man glaubt, daß Rußland allein einen viel stärkeren Einfluß auf die Balkanpolitik ausüben kann.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags nur v. 12-1 Uhr Mittags. **Schriftliche Anfragen** sind nur ausnahmsweise zulässig. **G. G.** Beim Militär wird auch auf Zuchthausstrafe erkannt besonders dann, wenn es sich um schwere Vergehen gegen die militärische Zucht handelt, um tätliche Angriffe gegen Vorgesetzte und um solche Verbrechen, die auch nach dem bürgerlichen Strafgesetzbuch mit Zuchthaus bestraft werden. **W. S. 1.** Die Gerichtskosten betragen in diesem Falle 4,80 Mark. 2. Die Prozessvollmacht nach § 81 der Zivilprozessordnung ermächtigt zu allen den Rechtsstreit betreffenden Prozeduralhandlungen, einschließlich derjenigen, welche durch eine Widerklage, eine Wideraufnahme des Verfahrens und die Zwangsvollstreckung veranlaßt worden; zur Bestellung eines Vertreters sowie eines Bevollmächtigten für die höheren Instanzen, zur Weggelassung des Rechtsstreites durch Vergleich, Verzichtleistung auf den Streitgegenstand geltend gemachten Ansuchen, zur Empfangnahme der von den Gegnern zu erstattenden Kosten. **Alter Abonnent, Rawitzsch.** 1. Wir empfehlen Ihnen, den Feuerversicherungsbeitrag weiter zu zahlen, da es auf jeden Fall besser ist, versichert zu sein. 2. Sie haben recht; Ihre Frau muß die volle Kranken-Unterstützung erhalten, denn es handelt sich nicht um die nächsten 12 Monate im Sinne der Sozialversicherung. Diese Zeit war bereits am 23. Oktober 1912 abgelaufen. Es liegt also ein völlig neuer Unterstüßungsfall vor, der keineswegs mit den Mindestleistungen abgehan werden kann. Verklagen Sie die Kasse, wenn das volle Krankengeld nicht gezahlt wird.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
24. 6. 11,23	0,82	1,08	0,93	1,80	0,70	1,50	0,39	0,00	1,84
23. 6. 11,24	0,84	1,14	0,98	1,84	0,39	1,81	0,94	0,05	1,82
Wasser	1,68	0,98	1,12	0,42	1,48	1,07	1,38	1,63	1,55

*) Auswertungsbüro f. Kottwitz 3,60; für Treiben (Obers) Dpke-Niederung 3,27.

Breslauer Schlachthofmarkt. Amtlicher Bericht über den Kleinviehmarkt am 23. Juni 1918. Der Auftrieb betrug: 64 Rinder, 1741 Schweine, 255 Kühe, 551 Schafe, 10000 Nester vom vorigen Markt: — Rinder, — Schweine — Kühe, 11 Schafe.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
1. Rinder A. Ochsen:									
Böckelochige, ausgemähte Ochsen 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	40-48								81-84
Böckelochige, ausgewachsene, im Alter von 4 bis 7 Jahren Junges, festliche, nicht ausgewählte u. ältere ausgewählte Böckelochige geschätzte Länge, gut geschätzte Ältere:	40-42								74-78
	32-37								64-74
	16-33								16-73
B. Kühen:									
Böckelochige, ausgewachsene 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	44-47								76-79
Böckelochige, ausgewachsene, im Alter von 4 bis 7 Jahren Junges, festliche, nicht ausgewählte u. ältere ausgewählte Böckelochige geschätzte Länge, gut geschätzte Ältere:	42-43								76-79
	33-40								76-79
C. Kalben und Lämmer:									
Böckelochige, ausgewählte Kalben 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	44-16								71-81
Böckelochige, ausgewählte Lämmer 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	40-43								74-80
D. Ziegen:									
Böckelochige, ausgewählte Ziegen 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	34-37								68-74
Böckelochige, ausgewählte Ziegen 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	27-30								60-67
Böckelochige, ausgewählte Ziegen 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	18-22								18-55
E. Schafe:									
Böckelochige, ausgewählte Schafe 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	64-67								97-103
Böckelochige, ausgewählte Schafe 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	55-57								93-98
Böckelochige, ausgewählte Schafe 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	40-51								83-91
Böckelochige, ausgewählte Schafe 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	43-45								86-92
F. Schweine:									
Böckelochige, ausgewählte Schweine 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	49-50								98-100
Böckelochige, ausgewählte Schweine 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	41-43								89-93
Böckelochige, ausgewählte Schweine 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	28-31								56-62
G. Pferde:									
Böckelochige, ausgewählte Pferde 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	52-53								65-66
Böckelochige, ausgewählte Pferde 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	50-53								64-69
Böckelochige, ausgewählte Pferde 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	49-51								64-66
Böckelochige, ausgewählte Pferde 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	48-50								62-65
Böckelochige, ausgewählte Pferde 100 bis 1200 Pfund, die noch nicht geschoren haben (auswärtig):	46-48								60-62

Veranstaltungen und Vereine. Dienstag, den 24. Juni: **Leinweber, Schneiderrinnen, Wäscherarbeiten,** abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im „Gewerkschaftshaus“. **Einiger (Holzarbeiter),** abends 8 Uhr: Versammlung im „Gewerkschaftshaus“. **Mittwoch, den 25. Juni:** **Hamerer,** abends 8 Uhr: Versammlung im „Gewerkschaftshaus“. **Steinmetzen,** abends 8 Uhr: Versammlung im „Gewerkschaftshaus“. **Auslässe der Betriebskassen,** abends 8 Uhr: im „Gewerkschaftshaus“. **Freie Turnerschaft,** abends 8 Uhr: Gemeinsame Turnstunde bei Wölfe, Grabenerstraße 74. **Briefe, Frauenversammlung,** Mittwoch abends 8 1/2 Uhr, bei Gypul. **Einiger, Wahlverein,** Mittwoch abends 8 1/2 Uhr bei Knoll.

B. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. *)

Danzig, 15. Juni.

Die Verhandlungen der 8. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wurde heute abend in üblicher Weise mit einem Begrüßungsstimmungs eingeleitet...

Der Vertreter des Magistrats, Herr Stadtrat Zoop, nahm auch, nachdem der Ortsvorsitzende und Vertreter des Saues Westpreußen, Magrogel, in einer Ansprache die Delegierten begrüßt hatte, das Wort, um dem Verbandstag den Willkommensgruß der Stadtverwaltung zu überbringen...

Verbandsvorsitzender Döblin wies demgegenüber darauf hin, daß es eine Arbeiterorganisation sonst nicht gewohnt sei, von den Stadtverwaltungen ihrer Tagungsorte begrüßt zu werden...

Der Verbandstag nahm am Montag, nachdem der Verbandsvorsitzende Döblin die Tagung offiziell eröffnet und der Vorsitzende des Danziger Ortsvereins das Programm der drei verschiedenen Kommissionen auf...

Nachdem der Vorsitzende mit anerkenntniswerten Worten des verstorbenen langjährigen Gewerkschafters Klapproth...

*) Wegen Raummangels, der immer zur Zeit der Tagung des Reichstages besonders groß ist, können wir erst heute mit dem Bericht beginnen.

zum Zwecke der gemeinsamen Bekämpfung der Schleuderpresse gefaßt. Redner weist dann ferner auf die Vorformulierung nach, daß Schmarfacher im rheinisch-westfälischen Bezirk...

Bericht des Vorstandes und Genehmigung des Rechenschaftsberichts

nimmt Gifler (Vorstandsmittglied) das Wort. Er weist in kurzen Ausführungen auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht hin.

Der Mitgliederbestand liegt in der Berichtszeit von 61.921 auf 67.278. Da in Deutschland etwa 71.000 Buchdrucker beschäftigt sind, so stehen demnach...

Wenn nun auch die beiderseitige Interessengemeinschaft die Notwendigkeit des Festhaltens an der Tarifgemeinschaft bedingt, so würde doch mehrfache von Unternehmern versucht, die in Folge des starken Vordringens der Schmarfacher eingetretene größere Arbeitslosigkeit gegen die Gehilfen auszunutzen...

Zu der nun beginnenden Diskussion erkennt Mussial-Berlin die Tätigkeit des Verbandsvorstandes in sehr lobender Weise an, auch in bezug auf die Beteiligung von Einzelgünstigen innerhalb der Parteien...

Im Verlauf der weiteren Diskussion werden dem Verbandsvorstande eigenliche Monitoren über seine geschäftliche Tätigkeit nur in lauwarm nennenswerter Weise gemacht...

berghändler gewünscht, damit auch die jüngeren Kollegen von vornherein wußten, mit was für Leuten man es zu tun habe. Dem traten der Verbandsvorstand und die große Mehrheit der Redner entgegen...

Nach dieser Aussprache wird der Geschäftsbericht des Vorstandes gegen eine Stimme (Steinhardt) genehmigt.

Grasman, zweiter Vorsitzender, leitet sodann die Beratungen über die Anträge auf Abänderung der Unterstützungseinrichtungen über die Anträge auf Abänderung der finanziellen Verhältnisse...

Der zweite Verhandlungstag beginnt mit der Generaldiskussion über den 5. Punkt der Tagesordnung:

Beratung der Abänderungsanträge zum Statut und zu den Verbandsbeschlüssen.

An der Diskussion hierüber beteiligten sich zahlreiche Delegierte. Alle Anträge werden schließlich einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen...

Besprechung über die allgemeine und tarifliche Lage.

Döblin führt in einem großzügig angelegten Referat dem Verbandsstage die entfallenden beruflichen Schwierigkeiten vor Augen, die eine besondere Beachtung verdienen. Es ist das die Maschinenherfrage, die entstanden ist in Folge der technischen Entwicklung...

Breslauer Festspiel.

Viele gramgefüllte Pfeiler, Zentnare Kannengießer fanden jetzt als Festgenießen, daß der hohe Weisheit Sie so wenig feilsch packt.

Kein Gebel nicht vor den Schlachten, Trommeln, die Spektakel machten, Keine Klinten nicht, die trachten, Ueberhaupt kein Helbentum!

Wo blieb Königin Lawie? War es richtig, daß man diese Nicht noch ganz besonders priele? Als den guten Genies, Zer für allens heissen muß?

Und dann kam auch viel zu wenig Friedrich Willem als ein König, Der doch selbst höchstpersönlich Und mit allem Feingehörtrieb An mein Volk den Aufruf schrie!

Ueberhaupt kein Schlachtgemenge, Kein Purra und Koffgeprege, Japfenstreich und schneidbrengel Sag' mir, Hauptmann, guter Mensch, Ist das auch noch waterländisch.

Walter Schlemm! im Simplicitimus.

Kunst und Wissenschaft.

Die Temperatur des Menschenhirns. Die Unabhängigkeit der Gehirntemperatur von der Bluttemperatur des Menschen ist bereits festgestellt. Nun weiß Hans Berger im Archiv für die gesamte Physiologie nach, daß auf Grund seiner weitergehenden Versuche es ihm möglich wurde, Temperaturschwankungen des menschlichen Gehirns bei den kleinsten Handlungen des Menschen zu ermitteln...

meter tief in die Hirnsubstanz eingeführt. Die Ableitung erfolgte 10 Minuten nach der Einführung. Bei seinen Versuchen, die mit Menschen und Affen angestellt wurden, fand Berger, daß die Wenderungen der Hirntemperatur beim Menschen sehr prompt auftreten, beim Affen aber erst in der zweiten Minute...

Das Bezirks-Sängerfest

des zweiten Bezirkes Gau Schlesien des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes am Sonntag, den 22. Juni 1913, im Stabstammort „Stadt Deis“ in Ohlau.

Es ist erfreulich, daß unsere Sängerbund- und Sängerrinnen allezeit die Pflege des Massengesanges als wichtigsten Hauptzweck verfolgen. Wenn bei den Veranstaltungen auch Einzelvereinen Gelegenheit gegeben wird, ihre Kräfte im öffentlichen Wettbewerb zu messen, um sowohl Leistungsfähigkeit als auch Mangel festzustellen, so geben sie sich gegenseitig Ansporn zu rüstigem Vortragsstreben, und die Darbietungen gelten dann nicht allein als Proben eigener Kraft, sondern dienen gleichzeitig auch der Gesamtheit zum Vorbild...

Aufgabe mit Geschick zu erledigen. — Die Frauenchor Ohlau und Briege sangen ihre ansprechenden Chorlieder abgerundet und mit schöner Tongebung.

Die offizielle Festrede hielt der Gauvorsitzende, Genosse Döblin. Seine interessanten Ausführungen fanden lebhaften Anklang. Sehr treffend sagte sich hierauf die „Festsetzung“ von Uthmann an. Sowohl dieser und noch zwei folgende Chöre waren im Vortrag technisch sauber und der Applaus bewies, daß der Frauen- und Mädchenchor „Frau in Ohlau“, die vollste Anerkennung des Publikums auf seiner Seite hatte. In der Ergänzung waren alle Frauen-, Männer- und gemischten Chöre sehr geeignet, ein Bild vom trefflichen Können unserer Sänger und Sängerrinnen zu geben, und bewiesen zugleich die beachtenswerte Intelligenz der Dirigenten, Herrin Sammel und Döblin. Das alles klappte, ersaher selbstverständlich. Darum galt an diesem Tage ein kleiner Scherz, der dem „Alten Liebe“ von Uthmann beinahe verhängnisvoll werden sollte, als etwas Neues. Die Aussprache war im allgemeinen bestrebend. In der letzten Zeit wird auf eine gute Aussprache besonders Gewicht gelegt, doch ist die Angewohnheit, die Aussprache noch das Schmezzenskind gar sehr vieler Sängervereine. Man kann allerdings auch bei falscher Aussprache sehr deutlich sprechen, nur pflegt dann der Gesang zu verschwinden und die Wirkung ist in mehrerlei Hinsicht sehr fragwürdig. Da zwischen Laut- und Tonbildung ein inniger Zusammenhang besteht, muß im Interesse des schönen, gleichmäßigen Gesanges und zu Gunsten der Mundbildung und Fülle des Tones bisweilen dem Vokal etwas von seiner freieren Charakteristik abgezogen werden, das heißt ein e wird im Gesange nach ö, ein i nach i gefärbt. Nun wird vielfach der Fehler begangen, daß zum Beispiel anstatt „mit“ falscher Weise „mei“ gesungen wird, und anstatt „Erde“ — „Aerde“. Der doppelte Vokal u kommt auch sehr selten zu seinem Recht und man hört oftmals statt „Dust“ — „Dost“ sagen. Wird teils den Endkonsonanten mitunter zu wenig Beachtung geschenkt, so betont man leider häufig die Endsilben zu stark. Die Legelichung „Embo zum Licht“ bietet zum Beispiel unseren Sängern gerade die beste Gelegenheit, bei den Worten „Licht“, „Macht“ usw. den markanten Ausdruck des Endkonsonanten deutlich erkennen zu lassen, und zwar so, wie es diesmal auch ganz richtig war, bevor die Sängerbund- und Sängerrinnen zum Schluß noch nachdrücklich betont werden, daß der Gesamteindruck dieser Aufführung gut war, und mit Befriedigung wird man sich noch lange dieses schönen Festes erinnern können. W. B.

Kedner geht dann noch mit einigen Worten auf die Hilfsarbeiterfrage ein, betont, daß er noch einige Punkte zurückbehalten habe, bei denen sich eine Erörterung in geschlossener Sitzung empfehle, und unterbreitet dann der Generalversammlung folgende Resolution:

Die achte (ordentliche) Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker billigt einstimmig das Verhalten der Gehilfenvereine sowohl bei der letzten Tarifrevision, als auch in der Tarifausehrung vom 21. und 22. April 1913. Die Generalversammlung sieht nach wie vor auf dem Boden der Tarifgemeinschaft. Von der Erklärung der Prinzipalvereine, daß die Prinzipalität ebenfalls eine lebendige Wirtschaft mit der Gehilfenvereine auch in der Zukunft wünscht, nimmt die Generalversammlung gern Kenntnis. Sie bedauert jedoch, daß diese Versicherung, soweit es sich um eine solche des Hauptverbandes des Deutschen Buchdrucker-Vereins in der Leipziger Unterredung handelt, an Bedingungen geknüpft wurde, welche das Vertrauen der Gehilfenvereine zur Friedensliebe der Prinzipale nicht unerheblich beeinträchtigen mußten.

Die Generalversammlung unterläßt es trotzdem, dem Beispiele des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu folgen, und sieht dabei ab, schon jetzt Forderungen zur nächsten Tarifrevision zu stellen. In einer Zeit fortgeschrittener technischer Umwälzungen muß es mindestens als unbillig betrachtet werden, schon drei Jahre vor Ablauf des Tarifs sich auf Forderungen festzulegen, deren Berechtigung aus gewerblichen und volkswirtschaftlichen Gründen später schließlich nicht nachzuweisen, deren vorzeitige Stellung und Propagierung wohl aber geeignet ist, eine spätere friedliche Verständigung zwischen Prinzipalität und Gehilfenvereine zu erschweren.

Die Generalversammlung richtet an die Mitglieder des Verbandes die dringende Aufforderung, ihr Verbotnis für den Ernst der Zeit durch rege Anteilnahme am Organisationsleben und durch einiges Zusammenwirken zu bekunden. Nur bei solcher Mitarbeit jedes einzelnen Mitgliedes wird die Organisation befähigt sein, bei der Gestaltung der gewerblichen Verhältnisse tüchtig mitzubringen und der Gehilfenvereine ihren berechtigten Anteil am Arbeitsvertrage zu erhalten.

In der am 18. Juni begonnenen Diskussion über das Rekrut Döblin erhält als erster Kedner Rastlin in das Wort. Döblin hat die Gesamtlage richtig gekennzeichnet, weshalb ich nur die technische Entwicklung unseres Berufes einer Betrachtung unterziehen will. Es hat ein gewisser Sektatismus Platz gegriffen, der bekämpft werden muß. Die Großbetriebe haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen, die Produktionsmittel auf dem Gebiete der Sch- und Rotationsmaschinen haben sich erheblich vermehrt und verbessert, womit Hand in Hand geht das Bestehen des Prinzipals, die Arbeitsleistung der Kollegen zu steigern und die Abfälle zu drücken. Gleichzeitig hat die Arbeitslosigkeit zugenommen. 1912 waren 4,75 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos, in Berlin sogar 7,46 Prozent. Und das trotz allgemeiner guter Geschäftslage. Die Organisation hat Millionen nötig zur Unterstützung der Arbeitslosen; sie ist also zunächst die Leidtragende. Bei Bekämpfung dieser anormalen Arbeitslosigkeit haben wir die Überstunden- und Befristungsfrage in erster Linie ins Auge zu fassen. Insbesondere in den Provinzorten findet eine ausgedehnte Befristungsfrage mit mangelhafter Ausbildung statt, sodaß selbst Prinzipale hierüber Beschwerde führen. Das Befristungsproblem muß gründlich reformiert werden. Auch in Bezug auf Überstundenarbeit bestehen skandalöse Zustände, wie die Statistik beweist. Die Organisation muß daher mit den schärfsten Mitteln gegen diese Zustände einschreiten. (Lebhafte Zustimmung.) Kedner resümiert seine Ausführungen in entsprechender Resolution. Schleffler-Berlin spricht dann, bevor in die Einzelbestimmungen eingetreten wird, über

gewerbliche und tarifliche Rechtsprechung.

Er wünscht besonders Reformen bei der Behandlung von Kontraktbrüchen- und Schadenersatzklagen. Die tarifliche Rechtsprechung müsse so gestaltet werden, daß sie nicht mit der allgemeinen gewerblichen Rechtsprechung kollidiere und dem Grundgedanken der Gleichberechtigung Rechnung trage.

Ueber die Rekrute Döblin und Schlefflers entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Berliner Delegierten erklären sich mit einer kleinen Änderung der Resolution Rastlins einverstanden.

Nachdem durch Annahme eines Schlußantrages der 1/2-tägigen Debatte ein Ende gemacht ist, erhält noch das Wort die Vertreterin der Hilfsarbeiter, Frau Thiede. Sie legt in sehr überzeugenden Worten die Mißstände in den Reihen der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen dar und beklagt sich bitter, daß die Hilfsarbeiter bei den gelehrten Berufscollegen im graphischen Gewerbe nicht genügend Unterstützung finden, obwohl bei Eintritt von Differenzen zwischen Unternehmer und Gehilfenvereine die Hilfsarbeiterfrage eine Hauptrolle für den Ausgang von Differenzen spielt. Kednerin fordert eine Verständigung über die gegenseitige Stellung zu einander und betont sehr entschieden, daß es so wie jetzt auf die Dauer nicht weiter gehen könne.

In seinem Schlußwort resümiert alsdann Döblin noch einmal die Hauptpunkte der in der Debatte erörterten Fragen und spricht seine Freude aus über die untergeordnete Einmütigkeit in der Beurteilung der allgemeinen Verhältnisse. Um nicht mißverstanden zu werden, betont Kedner, daß es ihm lieber gewesen wäre, wenn er bei den Prinzipalen mehr Verständnis für die soziale Lage der Gehilfen gefunden und eine Veränderung der Anschauung nicht nötig gewesen wäre. Leider sei jedoch zu konstatieren, daß von außerhalb des Berufes stehenden Kreisen Erörtern auf die Prinzipale eingewirkt hätten, wonach die Generalversammlung kein Vertrauen mehr zu ihnen haben könne, solange sie ihre Forderungen aus Kreisen erhalten, die mit dem Gewerbe nichts zu tun hätten. Andererseits führt Döblin aus, daß man die Zukunft nicht schwarz anzusehen brauche, wie sie sei. Ohne Mitwirkung gelte nur, gerichtet zu sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Beide Resolutionen werden unaniem einstimmig angenommen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Die Allmacht des Landrats.

Die fast die landräthliche Macht über die Kreisblätter ist, geht aus nachstehendem angeführtem Beispiel hervor, das dem „Reiner Tagblatt“ aus Schlesien berichtet wird: Am 5. April erließ die Gewerkschaft Graf Gleichen-Allen bei Neuhäbner Kreis- Zeitung (amtliches Kreisblatt) einen Informationsantrag. Am 21. April schrieb der Verleger, daß er das Infurat einmal veröffentlicht, die weitere Veröffentlichung aber auf Veranlassung des Landrats eingestellt habe. Gleichen hätte er einen Artikel gegen die Regierung des Infurats auf Veranlassung des Landrats gedruckt und er legt hinzu, daß er dazu verpflichtet war. Die Gewerkschaft Graf Gleichen richtete darauf an die landräthliche Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen den Landrat wegen Verletzung des § 336 des Strafgesetzbuches. Die Staatsanwaltschaft erließ unter dem 3. Juni folgenden Interzession

Nach dem zwischen dem Landrat und dem Eigentümer der „Reiner Tagblatt“ abgeschlossenen Verträge darf letzterer ein Infurat, gegen das der Landrat Einspruch erhebt, in die Kreiszeitung nicht aufnehmen. Ferner hat sich der Eigentümer der Zeitung verpflichtet, jede vom Landrat angeordnete Maßnahme aufzunehmen. Der Landrat hat über die Angelegenheit, die den vertriehen

Rechten Gebrauch, wenn er gegen die Aufnahme eines Infurates in der Kreiszeitung Einspruch erhebt und gestützt auf ein Gutachten der Landräthlichen Kommission für die Provinz Posen die Aufnahme einer Warnung gegen die Fabrikat in der Zeitung verlangte. Durch Mißbrauch seiner Amtsgehalt hat der Landrat den Eigentümer der Kreiszeitung wieder genötigt, die Infurats nicht mehr zu bringen, noch gewungen, seine Warnung aufzunehmen. Eine strafbare Handlung liegt also nicht vor. Das Verfahren mußte deshalb eingestellt werden. (Unterzeichnet unleserlich.)

Danach hat es also der Landrat vollkommen in der Hand, jede Infurats und jede Notiz nach Belieben zu verhindern. Der Vorfall zeigt, wie „Reiner Tagblatt“ die in seinen Kreisen oft genutzten Organe der öffentlichen Meinung beherrscht. Es erhebt sich, bemerkt hierzu das obengenannte Blatt, die Frage — ob in Posen sich alle oder doch viele Kreisblätter in gleicher Weise ihren Landräthen beschreiben haben.

Eine solche Frage braucht das „Reiner Tagblatt“ erst gar nicht zu stellen. Es steht wohl außer Zweifel, daß alle Landräthe das uneingeschränkte Verfügungsrecht über die Kreisblätter haben.

Gorkau, 24. Juni. Aus der Partei. Eine hier am Sonntag stattgehabte Versammlung war von über 70 Frauen und Männern besucht. Neun war Genossin Frieda Wulff-Breslau, der für ihre lehrreichen Ausführungen lebhaft durch Beifall gedankt wurde. Ein begeistertes Hoch auf die Frauenbewegung und die Partei beendete die auf verlaufene Versammlung, von der man behaupten kann, daß uns wieder einige Mitarbeiter für die Sache der Unterdrückten und Beknechteten zugeführt wurden.

Reichswasser, 24. Juni. Ein erschütterndes Familien-drama. Durch furchtbare Not zum Selbstmord getrieben wurde der Stämpfer Johannes Siegel von hier. Am Freitag abend hat er sich in einem Grubenloche in der Nähe des Invalidenheims, in dem er wohnte, ertränkt. Siegel arbeitete in den Vereinigten Lausitzer Glaswerken und verdiente dort ganze 18 Mark pro Woche. Seine Frau ist in der Irrenanstalt interniert und seine Kinder befinden sich in einer Erziehungsanstalt. Nun sollte er die erheblichen Erziehungsbeiträge aufbringen, was er bei dem geringen Verdienst nicht konnte. Das ist wohl die Ursache gewesen, daß der Unglückliche Hand an sich legte. Er hinterläßt drei Kinderchen. Das ist auch ein Bild aus unserer „göttlichen“ Weltordnung.

Genesdors, Kr. Reichenbach, 24. Juni. Unglücksfall mit tödlichem Ausgange. Ueberfahren wurde am Sonnabend nachmittag an der Reichenbacher Chaussee der 58-jährige frühere Stellenbesitzer Oswald Schneider, der auf dem Rückwege von Reichenbach einen mit Kohle beladenen Wagen des Dominikus Köhler besitzte. Er fiel herab, kam unter die Räder, welche ihn über den Leib gingen. An den schweren Verletzungen starb er nach wenigen Stunden.

Peterswalde, 24. Juni. Folgen der Fleischnot. Zu welchen Abscheulichkeiten die chronische Fleischnot führen kann, zeigt folgender Vorfall. Im benachbarten Reiskersdorf wurde infolge Mangelvergiftung ein Pferd getödtet und alsdann vergraben. Ein hiesiger Arbeiter grub das verdorbene Fleisch wieder aus, entnahm davon etwa 40 Pfund und verkaufte das Quantum ein, um es genießbar zu machen. Die Behörde erhielt Kenntnis davon und beschlagnahmte das Fleisch.

Bunzlau, 24. Juni. Das Schicksal armer Kinder. Sonnabend nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr wurde beim Kohlenjuchen auf dem hiesigen Staatsgüterbahnhofe der elfjährige Schulfabe Paul Kitzel von hier auf dem Vadegeleis von einem Rangierzuge umgestoßen, wobei ihm beide Unterschenkel angefahren wurden. Abends 11 Uhr starb der Verunglückte, der durch das Kohlen sammeln die Not seiner Eltern etwas lindern wollte, im städtischen Krankenhaus.

Schlüchtersheim, 23. Juni. 70 Jahre Frondien 1170 lange Jahre im Dienste einer Herrschaft befindet sich der jetzt 80-jährige Tagelöhner August Gätcher in Zaplanau. Bereits mit zehn Jahren, also im Jahre 1841, begann er auf dem Gute Nieder-Zaplanau zu arbeiten. Gütcher verrichtet, wie das „Bromberger Tageblatt“ zu melden weiß, jetzt noch gewissenhaft seine Arbeit. Wie es heißt, hat die Herrschaft den seltenen Tag nicht ohne besondere Ehrungen (!) vorübergehen lassen. Davon, daß dem Alten jetzt nach 70-jähriger, gewiß nicht leichter Arbeit ein Rühmchen angewiesen worden ist, wo er die wenigen Tage seines Lebens in Ruhe und ohne Sorgen um das tägliche Brot genießen kann, liest man nichts. Wahrscheinlich muß er im Interesse des Erbdenkels seines Arbeitgebers weiter schuften.

Mittwasser, 23. Juni. Die letzte Schicht. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich Montag früh auf der Segen-Gottes-Grube. Nach Beendigung seiner Schicht beabsichtigte der Jahrgänger Ermlich aus Seitendorf auszufahren. Durch zu zeitige Abgabe des Auffahrtsignals seitens des Schichtanführers wurde Ermlich eingeklemmt und ihm vom Förderkorbe der Kopf abgerissen.

Glogau, 24. Juni. Die Ortskrankenkasse für die Arbeiter in Fabriken und fabrikanartigen Betrieben hielt im Schützenhause am Sonntag eine Generalversammlung ab. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Kaufmann Steuermann. Die Kasse schloß am 1. Januar 1913 mit einem Kassenbestand von 5086,47 Mark ab. Die Einnahmen betragen 6966,3 Mark, die Ausgaben 64510,26 Mark. Der Kassenbestand ist um 1300 Mark geringer als im Vorjahre. 1805 männliche und 695 weiblich Mitglieder gehören der Ortskrankenkasse an. Die Zulassung der Kasse als besondere Ortskrankenkasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung ist vom Oberverwaltungsamt nunmehr genehmigt worden. Die neuen Satzungen wurden von der Generalversammlung genehmigt. Von den Arbeitnehmern war der Besuch sehr schwach.

Posen, 24. Juni. „Ewige Gerechtigkeit“. Die in nächster Paragraphen umgezogene „ewige Gerechtigkeit“ schießt manchmal furchtbare Blüten. Eine der sonderbarsten aber ist es wohl, daß ein Vater mit seinem hinterlassenen Vermögen für einen an ihm verübten Mord haften muß. Im Reiz fand hier bekanntlich der Prozess gegen Frau Dr. Blume statt, die wegen Ermordung ihres Mannes zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die gesamten Kosten der Schwurgerichtsverhandlung betragen 785,57 Mark. Die Gerichtskasse hat zur Deckung dieses Betrages die bei der Polener Expeditionsfirma Hartwig untergebrachte Wohnungsverrichtung des Doktor Blume mit Beschlag belegt und wird außerdem, da bei der Zwangsversteigerung des Mobilars die Gerichtskosten nicht gedeckt werden können, für an dem sonstigen Nachlasse des ermordeten Dr. Blume Schadlos halten.

Verleitet verfaßt noch ein flüchtiger Jurist auf die Idee, die direkten Anverwandten des Ermordeten für die entstandenen Kosten haften zu machen?

Walsdorf, 24. Juni. Ein Lustmord? In Walsdorf bei Mohlin wurde der als Hülfsjunge beschäftigte 13-jährige Schüler Otto Mathes in einem Wasserloch als Leiche angefunden. Die nähere Untersuchung ergab, daß die Leiche veraltete Verletzungen aufwies, das man einen Lustmord als vorliegend erachten muß. Nähere Einzelheiten wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Cransau, 24. Juni. Der Auszug aus der Kirche. Das Cransau berichtet der „Reiner Tagblatt“. Als am 16. Juni nach dem Gottesdienste anlässlich des Kaiserjubiläums das (hauptsächlich ange-

ordnete) „Reiner Tagblatt“ begann, verließen alle (polnischen) Parochianen unter allgemeinem Geräusch und Gemurmel das Gotteshaus, als ob man sie hinausgeschickt hätte. Binnen fünf Minuten war die Kirche geleert, es blieben nur der Pfarrer, Organist und — der Lehrer.

Aus Oberschlesien.

Ratibor, 24. Juni. Ein frommer Verbrecher. Der 50-jährige Müßiggänger Dominik in Weneschau ermordete seine Ehefrau und seine 12-jährige Tochter. Nach der Tat ging er zum katholischen Pfarrer und beichtete. Dominik war als frommer Mann, der den Schnaps bedeutend verehrte, sehr bekannt.

Ratibor, 24. Juni. Wegen Brandstiftung stand am Sonnabend der Häusler Johann Bläsche aus Weneschau vor den Geschworenen. Dem 44-jährigen alten Angeklagten wurde zur Last gelegt, am 9. März d. J. in Weneschau das ihm gehörige Auszugshaus in Brand gesteckt zu haben. Dem Brande sind das Auszugshaus sowie die zugehörigen Schuppen und Stall zum Opfer gefallen. Auch ein Nachbarhaus wurde eingeschert. Nach der Anklage hat Bläsche das Feuer angelegt, um mit der Versicherungssumme für das Auszugshaus ein gutes Geschäft zu machen; das schon hundert Jahre alte Haus war sehr baufällig. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach vorläufiger Brandstiftung und der Angeklagte wurde zu drei Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt.

Radze, 24. Juni. Einen schweren Unfall erlitt der Häusler Dzewior vom Gotthardschacht. Beim Pfeilerabbau wurde er von herabfallenden Kohlenmassen schwer verletzt. Außer inneren Verletzungen erlitt er einen Oberschenkelbruch. In seinem Aufkommen wird gewweifelt.

Antonienhütte, 24. Juni. Mit Browningspatrone ausgerüstet soll ein sämtlicher Grubensteiger in Antonienhütte werden. Nachdem die gräflichen Jagdbeamten Schutzpatrone erhalten haben, ist jetzt eine neue Lieferung von 233 Browningspatronen erfolgt, die an sämtliche Grubensteiger zur Verteilung gelangen. — Öffentlich wird damit kein unrechter Gebrauch gemacht.

Wyslowitz, 24. Juni. Ein verheerender Brand zerstörte in der Nacht zum Montag ein Stück von Alt-Wyslowitz zwischen dem Kammerischen Hause und dem Welschen Grundstück führt eine enge Gasse zu zwei kleinen an der Bergseite gelegenen Häusern, die Eigentum des Schwarzwiehhändlers Ludwig Zuzil sind. In das eine leuchtete sich ein hölzerner Pferdestall, dessen oberer Raum als Pseudoboden dient. In diesem Pseudobodenraum brach gegen 12 Uhr nachts ein Brand aus, der sich mit Windeseile auf das anstoßende Wohnhaus übertrug. Auf der anderen Seite des Stallens steht ein in Mauerwerk ausgeführtes Gebäude, das von den sich immer mehr ausbreitenden Flammen auch ergriffen wurde. Als nach kurzer Zeit die freiwillige Feuerwehr von Wyslowitz am Brandplatze erschien, standen schon alle drei Gebäude in hellen Flammen, und die Hauptkräfte der Wehr mußte sich auf die Rettung der umstehenden Gebäude beschränken. Die Bewohner des Hauses, die Familien Jalomiech und Trifflach, retteten mit Mühe und Not ihre Betten und Kleiderstücke. Ihr übriges Inventar ist nicht versichert. Die Entstehungsurache ist unbekannt; man vermutet Brandstiftung.

Oberschlesische Vereine und Versammlungen.

Leuthen. Gewerkschaftsartikel. Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung der Kartellbelegierten und der Gewerkschaftsvorstände im Gewerkschaftslokal Goystraße 7.

Statt besonderer Anzeigel
Am 22. Juni, abends 10 1/2 Uhr, verschied plötzlich infolge Bluterzoes mein lieber Mann, unser guter Vater, der Zeugschmied
Julius Walzeck 3721
im Alter von 63 Jahren.
Im stillen Beileid bitten
Breslau, Langgasse 38, den 23. Juni 1913
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Mittwoch, den 25. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Nikolai-Friedhofes in Cosel.

Todesanzeige!
Am Sonntag, den 22. Juni 1913, verschied plötzlich und unerwartet unser langjähriges Vorstandsmitglied
Herr Julius Walzeck
im Alter von 63 Jahren.
Sein Andenken wird stets in Ehren halten
Der Vorstand der Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter
H. Wittke, Vorsitzender.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Kirchhof St. Nikolai in Cosel. 3725

Am 22. d. Mts. verschied plötzlich und unerwartet unser werter Arbeitskollege,
Herr Julius Walzeck. 3731
Sein biederer Sinn und ehrlicher Charakter sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken.
Gewidmet von
Seinen Kollegen der Firma Albert Knauth, Abt. Dreherlei.
Beerdigung: Mittwoch, den 25. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nikolai-Friedhofes in Cosel.

Am 22. d. Mts. verschied plötzlich unser werter Kollege,
Herr Julius Walzeck
Sein biederer Sinn und ehrlicher Charakter sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken.
Gewidmet von den
Freiorganisierten Kollegen der Firma Albert Knauth
Abteilung Schlosserei.
Beerdigung: Mittwoch, den 25. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Nikolai in Cosel.

Am 22. d. Mts. verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Bekannte
Julius Walzeck
im Alter von 63 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
(Verwaltung Breslau.)
Beerdigung: Mittwoch, den 25. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Nikolai in Cosel. 3727